

Aus dem Inhalt

Kirchen

Mehrheit der Kirchenmitglieder geht
Weihnachten nicht in die Kirche 2

Kirchentagspräsident Leyendecker:
Dortmund ist idealer Kirchentagsort 2

Gesellschaft

Härtere Sanktionen gegen
Antisemitismus gefordert 7

Soziales

Bundespräsident ruft zu
Engagement für Obdachlose auf 29

Kultur

Bundespräsident würdigt
Heinrich Böll 35

Medien

Journalistin Tolu kommt unter
Auflagen aus türkischer Haft frei 43

Entwicklung

Kirchen machen Deutschland für
Jemen-
Katastrophe mitverantwortlich 47

Chiles Ex-Präsident Piñera kehrt
an die Staatsspitze zurück 50

Impressum 56

„Glücksfall für das Miteinander der Kirchen“

Ökumenischer Preis für Bischöfe Bedford-Strohm und Marx

München (epd). Die Bischöfe Heinrich Bedford-Strohm und Reinhard Marx sehen das Reformationsjahr 2017 als Rückenwind für den weiteren Weg in der Ökumene. „Es macht mir tiefe Freude, dass wir das Jahr so gut haben abschließen können“, sagte der Münchner Erzbischof Kardinal Marx am Montag in München. Das habe er im Vorfeld so nicht gedacht. Auch der bayerische evangelische Landesbischof Bedford-Strohm sieht das Jahr des 500. Reformationsjubiläums als Bestätigung für das Miteinander der Kirchen. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz erhielten am Montag den Ökumenischen Preis der Katholischen Akademie in Bayern.

Die beiden seien „ein wahrer Glücksfall für das Miteinander der Kirchen“, sagte der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Ulrich Wilhelm, in seiner Laudatio. Sie hätten im Jahr des 500. Reformationsjubiläums eine neue Komponente eingebracht: „Die Ökumene der Freundschaft.“ Auch Akademiedirektor Florian Schuller würdigte die zwei Preisträger als „ökumenisches Paar“. Die Chemie zwischen beiden stimme; 2017 seien sie immer mehr zu ökumenischen Symbolgestalten geworden.

Kardinal Marx erzählte bei der Preisverleihung auch von ganz persönlichen ökumenischen Erfahrungen. Als junger Kaplan habe er Kranke besucht und dabei natürlich auch evangelische Menschen betreut. Außerdem sei er auch neugierig in evangelische Gottesdienste gegangen, um zu sehen: „Wie machen die das denn?“ Das Jahr 2017 habe ihm noch mal größere Kraft und Bereitschaft gegeben, in Sachen Ökumene weiterzumachen.

Landesbischof Bedford-Strohm sagte, dass beide Kirchen eine schmerzhafteste Geschichte verbinde. Die Menschen freuten sich nun, „dass wir an einem anderen Punkt sind“. Es sei wichtig, Grenzen zu überwinden: „Ökumene tut nicht weh, sondern uns allen gut“, betonte der EKD-Ratsvorsitzende.



Das Verhältnis der zwei Bischöfe, deren Dienstsitze im Zentrum Münchens nur wenige Hundert Meter voneinander entfernt liegen, gilt als sehr eng: Im September 2015 etwa entschieden sie bei einem gemeinsamen Mittagessen spontan, den Münchner Hauptbahnhof zu besuchen, als dort gerade Tausende Flüchtlinge ankamen. Das Preisgeld von 10.000 Euro wollen die zwei Bischöfe für kleinere ökumenische Projekte vor Ort verwenden, um das Miteinander der Kirchen weiter voranzubringen - für eine „Ökumene der gemeinsamen Perspektiven“, wie Kardinal Marx es nannte.

Der Ökumenische Preis der Katholischen Akademie in Bayern wird seit 1995 für besonderes Engagement in der Ökumene verliehen. Preisträger waren bisher etwa der damalige Bundesaußenminister und heutige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (2016), der frühere bayerische evangelische Landesbischof Johannes Friedrich (2011) oder auch der Präsident des Päpstlichen Rates zur Einheit der Christen, Kardinal Walter Kasper (2007).

Mehrheit der Kirchenmitglieder geht Weihnachten nicht in die Kirche

Berlin (epd). Die meisten Kirchenmitglieder wollen an Weihnachten auf einen Gottesdienstbesuch verzichten. Nur 36 Prozent der römisch-katholischen Christen und 31 Prozent der evangelischen Christen planen zum Fest einen Kirchengang, wie eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa für die „Bild“-Zeitung (Montag) ergab.

Unter den evangelisch-freikirchlichen Christen gaben 43 Prozent an, Weihnachten in die Kirche gehen zu wollen. Auch neun Prozent der Muslime und acht Prozent der Konfessionslosen planen mindestens einen Gottesdienstbesuch. Das Insa-Institut befragte vom 8. bis zum 11. Dezember insgesamt 2013 Bürger.

Kirchentagspräsident Leyendecker: Dortmund ist idealer Kirchentagsort

Fulda (epd). Für Kirchentagspräsident Hans Leyendecker ist Dortmund ein idealer Kirchentagsort. Die Menschen in der Region hätten etwa nach den Strukturkrisen der Stahl- und Kohleindustrie die Ärmel hochgekremgelt und zugepackt, sagte Leyendecker dem Magazin „Der Kirchentag“ (Ausgabe 04/2017) in Fulda. „Sie begegnen den Krisen mit Zuversicht und trauen sich etwas zu.“ Das gehe nur mit Vertrauen - auch in sich selbst.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag vom 19. bis 23. Juni 2019 in Dortmund steht unter der Losung „Was für ein Vertrauen“. Das Motto stammt aus dem Alten

Kirchen

Testament (2. Könige 18,19). Das Protestantentreffen wird alle zwei Jahre an wechselnden Orten veranstaltet. Zu der Stadt im Ruhrgebiet hat Leyendecker eine Herzensbeziehung: Er ist Fan des Fußballvereins Borussia Dortmund. Im August 2016 hielt er eine Predigt in einem ökumenischen BVB-Gottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche in Dortmund.

Vertrauen sei etwas, was ihn immer begleitet habe, sagte Leyendecker, der seit 45 Jahren verheiratet ist und fünf Kinder hat. Die Losung des Kirchentags sei für ihn daher ein „wirkliches Geschenk“.

„Vertrauenskrisen und die Frage nach Lüge oder Wahrheit, nach Aufklärung oder Vernebelung, das treibt die Medien und die Menschen um“, sagte Leyendecker, der sich als Investigativjournalist einen Namen gemacht hat. Trotz vieler Ungewissheiten glaube er daran, „dass wir etwas tun können, um die Welt besser zu machen, zumindest müssen wir es versuchen“. Darin sehe er auch die Aufgabe von Kirche und Kirchentag. „Dass man sich zusammensetzt und nicht nur über alles schimpft, sondern gemeinsam nach Wegen und Lösungen sucht.“

Ökumene-Glocke im zweiten Anlauf gegossen

Karlsruhe (epd). Im zweiten Anlauf hat es geklappt: Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Hörst du nicht die Glocken?“ ist am Freitagnachmittag eine Glocke für die ökumenische St. Pius- und Thomasgemeinde in Mannheim gegossen worden. Innerhalb von wenigen Minuten wurde die bronzene Glocke unter den Augen von gut zwei Dutzend Mannheimer Gemeindemitgliedern in der Karlsruher Glockengießerei Bachert hergestellt.

Beim ersten Versuch am 1. Dezember konnte auf dem Karlsruher Schlossplatz unter freiem Himmel vor rund 1.000 Zuschauern die benötigte Gießtemperatur von 1.100 Grad nicht erreicht werden. Deshalb musste damals der öffentliche Glockenguss abgebrochen werden. Der ökumenische Glockenguss sollte den offiziellen Start der ökumenischen Kampagne „Hörst du nicht die Glocken?“ markieren.

Die Kampagne ist eine gemeinsame Initiative der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland. Damit wollen die Kirchen die religiöse und kulturelle Bedeutung der Kirchenglocken in den Fokus der Öffentlichkeit rücken und zum individuellen und gemeinsamen Beten motivieren.

Die Ökumene-Glocke ist 140 Kilogramm schwer und hat einen Durchmesser von 61 Zentimetern. Die Verzierung - zwei sich umschlingende Bänder als Zeichen für die enge Zusammenarbeit der beiden christlichen Kirchen - stammt vom Karlsruher Künstlerehepaar OMI Riesterer und Barbara Jäger.

Kirchen

Kirchengericht weist Klage gegen Ruhestandsgeistlichen ab

Ahrensburg (epd). Das Disziplinargericht der Nordkirche hat das Verfahren gegen einen Ruhestandsgeistlichen eingestellt, der vor rund 30 Jahren in Ahrensburg bei Hamburg sexuelle Übergriffe gegen volljährige Jugendlichen begangen haben soll. Das Landeskirchenamt wollte den heute 76-jährigen Geistlichen aus dem Dienst entfernen. Das hätte den Verlust seiner Pensionsbezüge und der Ordinationsrechte bedeutet. Die Klage wurde abgewiesen, wie die Nordkirche am 18. Dezember mitteilte.

Zwar sah das Disziplinargericht die Vorwürfe als erwiesen an. Doch angesichts der Dauer des Verfahrens sei eine Entfernung aus dem Dienst „unverhältnismäßig“, so das Gericht. Das Urteil ist rechtskräftig, Rechtsmittel dagegen sind nicht zulässig.

Frühere Bundesgesundheitsministerin berät Bistum zu Missbrauch

Hildesheim (epd). Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer (57) wird ab Januar 2018 den Beraterstab zu Fragen des sexuellen Missbrauchs im katholischen Bistum Hildesheim leiten. Die Katholikin, die als Finanzdezernentin der Region Hannover arbeitet, werde das Amt ehrenamtlich übernehmen, teilte ein Bistums-Sprecher am Montag mit. Im Bistum waren in der Vergangenheit Missbrauchsfälle um den suspendierten Pater Peter R. und Vorwürfe gegen den früheren Hildesheimer Bischof Heinrich Maria Janssen (1907-1988) bekanntgeworden.

Der Grünen-Politikerin Fischer soll ein hauptamtlicher Referent des Bistums zur Seite stehen. Das Bistum will nach eigenen Angaben den Beraterstab zukünftig zudem mit externen Fachleuten verstärken. Das Bistum reagiert damit auf ein eigens in Auftrag gegebenes Gutachten, das vom unabhängigen Münchner Institut für Praxisforschung und Projektberatung erstellt wurde. Die Wissenschaftler hatten dem Bistum bei der Präsentation im Oktober ein „Muster des Wegschauens“ vorgeworfen.

Neuer Leiter für Bad Blankenburger Allianzhaus

Bad Blankenburg (epd). Das Evangelische Allianzhaus im thüringischen Bad Blankenburg erhält zum 1. April 2018 einen neuen Leiter. Der Geschäftsführende Vorstand habe beschlossen, Heiko Schalling in das Leitungsamt zu berufen, teilte die Deutsche Evangelische Allianz am Montag mit. Der 51-Jährige folgt auf Thomas Günzel, dessen Vertrag nach fünf Jahren ausgelaufen sei. Mehr als ein Jahr lang hatte danach Allianz-Generalsekretär Hartmut Steeb die Leitung der christlichen Tagungs- und Konferenzstätte verantwortet.

Das 1886 gegründete Evangelische Allianzhaus wird als christliche Tagungs- und Konferenzstätte geführt. Neben eigenen Veranstaltungen steht es auch für christliche Gruppen und als Tagungshotel zur Verfügung. Geschäftsführer des Hauses ist der Generalsekretär der Allianz, Hartmut Steeb. Sein Aufsichtsrat wird von Theo Schneider, dem Prediger der landeskirchlichen Gemeinschaft in Lutherstadt Wittenberg und langjährigem Generalsekretär des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbands, geleitet.

Kirchen

Kerzen aus der Kühltasche

Besinnlichkeit im Hochsommer: Deutsche Weihnachten in Australien

Von Sebastian Müller (epd)

Die Senioren der deutschsprachigen Gemeinde im australischen Sydney singen unerschütterlich "Leise rieselt der Schnee". Doch Weihnachten in Australien heißt: Temperaturen über 30 Grad, Party, Grillen im Garten.

Sydney (epd). Pastorin Andrea Pistor zündet in der Martin-Luther-Kirche in Sydney feierlich die Kerzen am Adventskranz an. Mitten im australischen Sommer erfordern die beschaulichen deutschen Weihnachtsbräuche schon mal ein wenig mehr Aufwand: „Einmal sind mir eine Handvoll Kerzen im Auto geschmolzen, seitdem transportiere ich sie nur noch in der Kühltasche“, sagt die 43-Jährige. Der Weihnachtsbaum stammt traditionell von einer höher gelegenen Plantage aus der Nähe von Canberra. Andrea Pistor hofft nur, dass der Baum wegen der Hitze nicht wieder so heftig nadelt wie vor einigen Jahren.

„Im Hochsommer sind wir etwas mehr herausgefordert, das Fest festlich zu gestalten und uns zu besinnen“, sagt die Pfarrerin. Richtig viel Arbeit kommt auf sie und ihren Mann Thomas Dietl (44) am Weihnachtstag zu: Das Pfarrerehepaar, das sich die Auslandspfarrstelle der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) teilt, bietet acht Gottesdienste für deutschsprachige evangelische Christen im Großraum Sydney an. Dazwischen feiert die Familie selbst, die Kinder sind sechs und neun Jahre alt: Heiligabend mit Abendessen und Bescherung, ganz traditionell wie zu Hause im niedersächsischen Flechtorf bei Wolfsburg.

Die evangelische Martin-Luther-Kirche in Sydney, erbaut 1881, steht mitten im Zentrum zwischen gigantischen Hochhäusern. Draußen rauscht der Verkehr vorbei. Ein Haus weiter veranstalten die Senioren ihre Adventsfeier in der „Lutherstube“: Ein Dutzend deutsche Auswanderer feiern bei Würstchen, Kartoffelsalat, Stollen und selbst gebackenen Plätzchen. Danach wird gesungen, „Alle Jahre wieder“ und „Lasst uns froh und munter sein“.

Nun ist Zeit, Erinnerungen an frühere Weihnachten hervorzukramen. Inge Müller (79), Vorsitzende der deutschen Luther-Senioren in Sydney, lebt seit 55 Jahren in Australien - sie hat damals ihren Brieffreund geheiratet. 1962 erlebten sie in

Kirchen

Australien gleich am ersten Weihnachten ein kleines Unglück: Der Weihnachtsbaum brannte ab. „Seitdem verwenden wir nur noch elektrische Kerzen.“ Ein wenig wehmütig ist sie: „Wir vermissen das Gemütliche aus Deutschland an Weihnachten. Hier ist Sommer und alle feiern laute Partys.“

Zur Weihnachtszeit haben die ersten australischen Schüler bereits Ferien, die Sydneysiders bereiten sich auf familiäre Grill-Nachmittage am „Christmas Day“ vor, dem ersten Weihnachtsfeiertag. Die finden meist im Garten mit der ganzen Familie statt, die Temperaturen liegen deutlich über 30 Grad.

„Der Sinn von Weihnachten ist hier nicht so präsent wie in Deutschland. Es leben ja auch so viele andere Nationalitäten und Religionsgruppen in Sydney“, sagt Vroni Pfuhl, ehrenamtliche Mitarbeiterin in der katholischen deutschsprachigen Gemeinde. Hier erklingen „Maria durch ein Dornwald ging“ und „Tochter Zion“ auf der Adventsfeier. In der Küche des katholischen Gemeindezentrums in Croydon haben Irene und Franz Langer, Auswanderer aus Karlsruhe, Königsberger Klopse fürs Mittagessen geformt, auf den Tischen liegen Lebkuchen.

Die 93-Jährige Emmi Kokott kommt aus dem mittelfränkischen Weißenburg, seit 1953 lebt sie in Australien. In Deutschland sei doch alles viel feierlicher, sagt sie und erinnert sich an die Christvesper um 23 Uhr am Heiligen Abend in der Lorenzkirche in Nürnberg. Und natürlich an den Christkindlesmarkt: „Ich habe den Türkischen Honig dort geliebt“, schwärmt sie.

In Sydney sind die Haustüren mit Santa-Claus und bunten Merry-Christmas-Schriftzügen dekoriert. Am Eingang des angesagten Restaurants „Coogee Pavillon“ steht eine Rentier-Figur. Und am Martin Place mitten im Zentrum ragt ein gigantischer Weihnachtsbaum empor, der nachts hell beleuchtet wird.

Gefeiert wird am 25. Dezember. Am 24. wird noch hektisch vorbereitet, in den Supermärkten müssen noch schnell die frischen Erdbeeren, Mangos, Kirschen und Spargel gekauft werden. Nur am „Christmas Day“ sind die Geschäfte geschlossen, für alle ein freier Tag. Die Geschenke bringt Santa Claus und zum Dinner werden entweder Truthähne gebraten - oder eben Steaks und Würste auf den Grill gelegt. Und dann zieht es viele Familien zum Picknick oder an den Strand. Am „Boxing Day“, dem zweiten Weihnachtsfeiertag, sind die Geschäfte wieder offen, da geht man shoppen oder schaut sich ein Cricket-Match an.

Der Adventsnachmittag der deutschen Auswanderer in der Lutherstube in Sydney neigt sich langsam dem Ende zu. Die Senioren singen „Leise rieselt der Schnee“, einmal noch „Süßer die Glocken nie klingen“, dann wird das Vaterunser gesprochen. Draußen zeigt das Thermometer 25 Grad an - für Sydney ein sehr angenehmer Tag.

Härtere Sanktionen gegen Antisemitismus gefordert

Knobloch: Jüdische Menschen müssen um ihr Leben fürchten

Das Amt eines Bundesbeauftragten zur Bekämpfung des Antisemitismus wird seit vielen Jahren gefordert. Demonstrationen in Deutschland, auf denen israelische Fahnen verbrannt wurden, haben die Debatte neu angeregt.

Frankfurt a.M. (epd). Nach den jüngsten jüdenfeindlichen Vorfällen in Deutschland wird der Ruf nach einem Antisemitismus-Beauftragten des Bundes lauter. „Nicht nur aufgrund der jüngsten Vorfälle halte ich es für richtig, einen Antisemitismusbeauftragten einzusetzen“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) der „Bild am Sonntag“. Dies habe auch die unabhängige Expertenkommission beim Innenministerium empfohlen.

In Deutschland hatten Demonstrationen, auf denen aus Protest gegen die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt durch die USA israelische Fahnen verbrannt wurden, eine neue Debatte um Antisemitismus entfacht. Politiker und Organisationen, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland, regten Gesetzesverschärfungen an, um solche Demonstrationen zu verbieten.

Einen Antisemitismusbeauftragten im Kanzleramt forderte auch Charlotte Knobloch. Jüdische Menschen müssten um Leib und Leben fürchten, sagte die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“. Auf deutschen Straßen entlade sich ein offener, aggressiver Judenhass. Ein Mob aus meist arabischen Jugendlichen und türkischen Nationalisten tobe sich ungehindert aus.

„Hier geht es nicht um Trump oder Jerusalem, sondern um blanken Antisemitismus, der durch nichts zu rechtfertigen ist, und für den es in Deutschland keinen Raum geben darf“, erklärte Knobloch. Auch die muslimischen Gemeinden und Verbände seien in der Pflicht, Judenhass zu ächten und zu bekämpfen, so die frühere Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland.

Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) forderte ein hartes Vorgehen gegen anti-israelische Ausschreitungen in Deutschland. „Ich finde es unerträglich, dass in Deutschland israelische Flaggen brennen“, sagte die stellvertretende CDU-Vorsitzende den Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe (Sonntag). „Solche Ausbrüche von Hass dürfen nicht auf unseren Straßen zelebriert werden.“ Dagegen müsse man sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Rechtsstaates wehren. Gesetzesänderungen wolle sie allerdings nicht verlangen, betonte von der Leyen. Diese Frage müsse der Justizminister beantworten.

Bundesinnenminister de Maizière sprach sich in der „Bild am Sonntag“ für ein härteres Vorgehen gegen israelfeindliche Demonstranten aus: „Wir können nicht dulden, wenn Fahnen eines Staates öffentlich verbrannt werden. Es ist das

Gesellschaft

symbolische Vernichten des Existenzrechts eines Landes. Hier sollte wenn möglich polizeilich eingegriffen werden.“ Das Verbrennen einer offiziellen Botschaftsfahne stehe unter Strafe. De Maizière: „Ich empfinde es aber auch als Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, wenn nachgemachte Fahnen verbrannt werden.“

Der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger, fordert im Kampf gegen Antisemitismus eine intensivere Vermittlung von historischen Zusammenhängen. „Politische Bildung heißt, dass wir reflektieren, welche Verantwortung Deutschland gegenüber dem Staat Israel hat“, sagte Krüger der „Berliner Zeitung“ (Samstag). Dies gelte vor dem Hintergrund der Tatsache, „dass die Deutschen Verantwortung tragen für sechs Millionen während des Nationalsozialismus ermordete Juden“.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland appellierte an die Islamverbände, verstärkt gegen antisemitische Tendenzen in Moscheegemeinden vorzugehen. „Repräsentanten der Muslime haben sich durchaus gegen Antisemitismus positioniert“, sagte Zentralratspräsident Josef Schuster der Zeitung „Die Welt“ (Samstag). Die Verbände erreichten jedoch nur einen kleinen Teil der Gemeinden. In vielen Moscheen würden „weiterhin Vorbehalte gegen Juden und gegen Israel verbreitet“. Hier seien die muslimischen Verbände aufgerufen, „sehr klar einzuwirken und deutlich zu machen, welcher Wertekodex in Deutschland gilt“, betonte Schuster.

CDU-Innenexperte Schuster will Flaggenverbrenner ausweisen

Berlin (epd). CDU-Innenpolitiker Armin Schuster fordert die Ausweisung von Ausländern, die israelische Flaggen verbrannt haben. „Wenn in Deutschland lebende Ausländer Israelflaggen verbrennen, muss es eine rechtliche Grundlage für ihre unmittelbare Ausweisung geben“, sagte Schuster der Tageszeitung „Die Welt“ (Montag). Er schlug vor, die Schwellen zu senken, die zur Ausweisung von Ausländern führen. „Die Verbrennung von Israelflaggen muss zu einem ‚schweren Ausweisungsinteresse‘ führen.“

Im Aufenthaltsgesetz ist geregelt, dass ein Ausweisungsinteresse schwer wiegt, wenn ein Ausländer zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurde oder er unter anderem gefährliche Betäubungsmittel konsumiert hat. Bei der Verbrennung von Flaggen käme eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe nicht unbedingt in Betracht. Eine entsprechende Sonderregelung, wie sie dem Genuss von Betäubungsmitteln entspricht, ist für die Verbrennung von Flaggen auch nicht vorgesehen. Schuster möchte das mit seinem Vorschlag ändern.

In Deutschland hatten Demonstrationen, auf denen aus Protest gegen die Anerkennung Jerusalems als Israels Hauptstadt durch die USA israelische Flaggen verbrannt wurden, eine neue Debatte um Antisemitismus entfacht. Politiker und

Gesellschaft

Organisationen, wie der Zentralrat der Juden in Deutschland, regten Gesetzesverschärfungen an, um solche Demonstrationen zu verbieten. Unter anderem Bundesinnenminister Thomas Maizière (CDU) sprach sich zudem für einen Antisemitismusbeauftragten aus.

Die FDP-Fraktion lehnte die Forderung des CDU-Politikers Schuster nach schärferen Gesetzen zur Ausweisung von Ausländern ab. „Zuerst muss bestehendes Recht angewandt werden, bevor über Strafverschärfungen nachgedacht wird“, sagte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Stephan Thomae der „Welt“. Auch die Grünen und Linken lehnten den Vorstoß Schusters ab. Die AfD-Fraktionsvorsitzende Alice Weidel übte mit Blick auf die antisemitischen Ausschreitungen Kritik an der Zuwanderungspolitik der Bundesregierung.

Antisemitismusbeauftragter: Jüdische Gemeinde fordert Umsetzung

Bremen (epd). Die jüdische Gemeinde im Land Bremen begrüßt erneute Forderungen nach einem Antisemitismusbeauftragten und fordert eine zügige Umsetzung. Der Vorschlag wurde bereits im April von einer unabhängigen Expertenkommission im Bundestag vorgebracht und am Wochenende von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wiederholt.

Das bisher nichts in dieser Richtung passiert sei, sehe sie kritisch, sagte die Vorsitzende der Bremer Gemeinde, Elvira Noa, am Montag dem epd. Es sei sinnlos, eine Expertenkommission einzusetzen „und dann blüht der Antisemitismus fröhlich weiter“. Noa hatte schon vor einigen Wochen vor wachsender antisemitischer Hetze beispielsweise auf Schulhöfen in Deutschland gewarnt. Dort sei „Jude“ längst zum Schimpfwort geworden.

Ein Antisemitismusbeauftragter könnte sich nach Einschätzung von Noa an zentraler Stelle dafür einsetzen, dass an Schulen mehr über das Judentum aufgeklärt und diskutiert wird. So müssten nach ihrer Auffassung Lehrer mit Blick auf Israel und in der Vermittlung der jüdischen Religion besser geschult werden. Oft würden jüdische Gemeinden in Deutschland mit dem Staat Israel gleichgesetzt, Kritik werde pauschaliert: „So entsteht Antisemitismus.“

50 Dschihadistinnen aus Syrien und Irak zurück in Deutschland

Essen (epd). Nach Angaben des Auswärtigen Amtes sind bereits rund 50 deutsche Islamistinnen aus den Kampfgebieten in Syrien und Irak zurückgekehrt. Insgesamt reisten in den vergangenen Jahren 960 Personen aus Deutschland in Richtung Kriegsgebiet aus, um sich Extremistenmilizen anzuschließen, wie aus einer Antwort

Gesellschaft

der Bundesregierung auf Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, über die die Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe (Sonntag) berichten. Etwa ein Drittel der ausgereisten Personen befinde sich derzeit wieder in Deutschland. Davon seien mehr als 15 Prozent weiblich, schreibt das Auswärtige Amt.

Die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe führe aber bisher nur sehr selten Terrorverfahren gegen deutsche Dschihadistinnen, die wieder in der Bundesrepublik sind, wie es weiter hieß. Es seien Ermittlungsverfahren gegen zwei aus Syrien oder dem Irak nach Deutschland zurückgereiste Frauen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer Terrororganisation eingeleitet worden, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort. Ein Verfahren sei noch anhängig, das andere sei an die Landesjustiz abgegeben worden.

Die Linken-Politikerin Ulla Jelpke rief zur konsequenten Strafverfolgung auch von Frauen bei Terrormilizen wie dem „Islamischen Staat“ (IS) auf. „Auch Frauen haben sich an schrecklichsten Verbrechen beteiligt, sei es in der ‚Sittenpolizei‘ oder bei der Beteiligung an der Versklavung jesidischer Frauen und Mädchen“, sagte Jelpke den Funke-Zeitungen.

Nach Angaben des Auswärtigen Amtes fliehen zudem aufgrund der militärischen Niederlagen des IS verstärkt Dschihadisten mit ihren Familien aus Syrien und Irak in die Türkei. „IS-Angehörige versuchen, hier unterzutauchen oder sich in ihre Heimat- oder Drittländer abzusetzen“, schreibt die Bundesregierung. Vier mutmaßliche deutsche Anhänger von islamistischen Milizen sind demnach derzeit in Untersuchungshaft in der Türkei, eine Person im Strafvollzug. Mindestens drei deutsche Anhänger von Dschihadisten-Gruppen seien in jüngster Zeit aus der Türkei in die Bundesrepublik abgeschoben worden, heißt es.

Merkel will bei Treffen mit Angehörigen Anteilnahme ausdrücken

Berlin (epd). Bei ihrem für Montagnachmittag geplanten Treffen mit Angehörigen der Opfer des Terroranschlags vor einem Jahr in Berlin will Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) Anteilnahme und Unterstützung der Bundesregierung ausdrücken. Das Gespräch solle deutlich machen, „dass wir mit den Menschen leiden und fühlen“, sagte Merkel vor dem Treffen am Montag in Berlin. Sie sei zudem bestrebt, die Lage der Opfer zu verbessern. Der Opferbeauftragte Kurt Beck habe deutlich gemacht, was unzureichend sei, betonte Merkel. Gleichzeitig sagte sie auch: „Dieses Leiden, diese völlige Veränderung des eigenen Lebens wird nicht gutzumachen sein.“

Der Tunesier Anis Amri war am 19. Dezember 2016 mit einem Lastwagen auf den Berliner Breitscheidplatz gerast. Bei dem islamistisch motivierten Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wurden zwölf Menschen

getötet und mehr als 70 verletzt. Am Dienstag, dem Jahrestag der Gewalttat, wird mit mehreren Veranstaltungen der Opfer gedacht. Auch Merkel nimmt an einer geplanten interreligiösen Andacht und der Enthüllung des Gedenkzeichens teil.

In einem offenen Brief übten Hinterbliebene vor dem Jahrestag Kritik an Merkel und der Bundesregierung. Ihnen kommt die Geste der Anteilnahme zu spät. Merkel sagte am Montag, sie wisse, dass sich einige ein Treffen früher gewünscht hätten.

Breitscheidplatz: Mehrere Demonstrationen angemeldet

Berlin (epd). Zum Jahrestag des islamistischen Terroranschlags vom Berliner Breitscheidplatz sind in der Nähe des Anschlagortes auch mehrere Demonstrationen angemeldet. Die „Berliner Zeitung“ (Montag) berichtete unter Berufung auf die Polizei von drei Kundgebungen, die jeweils für Dienstagabend angemeldet seien, darunter auch von einem Mitglied der rechtsextremen NPD. Am Dienstag jährt sich zum ersten Mal der Anschlag auf den Weihnachtsmarkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Der tunesische Terrorist Anis Amri war am 19. Dezember 2016 mit einem gekaperten Lastwagen auf den Platz gerast und hatte zwölf Menschen getötet und mehr als 70 verletzt.

Bereits am Montag wollte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit Hinterbliebenen treffen. An die Opfer der Gewalttat soll zum Jahrestag des Anschlags am Dienstag mit mehreren Gedenkveranstaltungen erinnert werden.

Wie die „Berliner Zeitung“ berichtete, steht die von dem NPD-Mitglied angemeldete Kundgebung unter der Überschrift „Die Grenzen schließen, nicht die Weihnachtsmärkte“. Sie sei mit 50 Teilnehmern zwischen 19 und 21 Uhr kaum hundert Meter von der Gedächtniskirche entfernt angemeldet. Mit deutlich mehr Teilnehmern rechne ein Privatanmelder unter der Überschrift „Berlin gegen Islamismus“. Zwischen 18 und 21 Uhr seien 200 Teilnehmer angemeldet, ebenfalls in direkter Nähe zum Anschlagort. Die Initiatoren sähen sich dem Kundgebungsaufruf zufolge keiner Partei oder Organisation verpflichtet, auch Alice Schwarzer werde mit einem Grußwort angekündigt. Eine dritte Kundgebung mit 300 Teilnehmern sei ab 17 Uhr von einem Linken-Mitglied angemeldet.

Das offizielle Gedenken beginnt am Dienstag um 11.15 Uhr mit einer nicht-öffentlichen interreligiösen Andacht in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche für Hinterbliebene, Verletzte und Helfer. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird eine Ansprache halten. Um 12 Uhr wird der neue Gedenkort für die Opfer des Terroranschlags von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD) offiziell eingeweiht. Um 13 Uhr findet eine Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses mit Angehörigen und Helfern statt.

Ab 14 Uhr sind weitere Gedenkveranstaltungen für die breite Öffentlichkeit geplant. So laden der Schaustellerverband Berlin, die Einzelhändler der AG City sowie die Gedächtniskirche auf dem Breitscheidplatz zu einem gemeinsamen Gedenken und einer Mahnwache für die Opfer ein. Die Öffentlichkeit ist eingeladen, Kerzen zu entzünden und ihrer Anteilnahme Ausdruck zu verleihen. Am Abend findet in der Kirche um 18.30 Uhr ein öffentliches ökumenisches Friedensgebet mit dem Friedenslicht von Bethlehem und dem Bach-Chor statt.

Daran schließt sich ab 19.30 Uhr auf dem Breitscheidplatz eine Friedenskundgebung mit der Jazzsängerin Jocelyn B. Smith an. Zum Gedenken an die zwölf Todesopfer werden zum Zeitpunkt des Anschlages um 20.02 Uhr die Glocken der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zwölf Minuten lang laut läuten. Rund um die Kirche ist zudem eine Lichterkette geplant. Der Weihnachtsmarkt auf dem Breitscheidplatz ist ganztägig geschlossen.

Friedenslicht aus Bethlehem am Breitscheidplatz angekommen

Berlin (epd). Botschaft aus dem Heiligen Land: Am Sonntag ist das Friedenslicht aus Bethlehem am Berliner Breitscheidplatz angekommen. Es wurde im Rahmen eines ökumenischen Gottesdienstes am dritten Advent in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche von rund 500 Pfadfindern übergeben. Damit soll zwei Tage vor dem ersten Jahrestag des islamistischen Terroranschlags an diesem Ort ein Zeichen gegen Terror und Gewalt gesetzt werden, erklärte die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Das Licht soll bei den Gedenkandachten und -veranstaltungen am Dienstag (19. Dezember), dem Jahrestag des Terroranschlags, als Quelle dienen, auch für die geplante Lichterkette am Abend. Das Friedenslicht ist eine Initiative des Österreichischen Rundfunks (ORF), die bis ins Jahr 1986 zurückreicht.

In der Geburtsgrube Jesu in Bethlehem wird das Licht dabei von einem Kind entzündet und mit dem Flugzeug nach Wien gebracht - und von dort weiter ausgesendet. In Deutschland steht die diesjährige Friedenslichtaktion unter dem Motto: „Auf dem Weg zum Frieden“.

Kraushaar: „Bundesregierung versagt bei islamistischem Terror“

epd-Gespräch: Elisa Makowski

Frankfurt/Hamburg (epd). Anlässlich des Jahrestages des Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz vermisst der Hamburger Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar eine notwendige Debatte über die Ideologie islamistischer Attentäter.

Gesellschaft

„Die politische Klasse verdrängt mögliche Zusammenhänge zwischen Moscheen, Hasspredigern und Terrorismus“, sagte Kraushaar dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Am 19. Dezember 2016 lenkte der tunesische Terrorist Anis Amri einen Lastwagen vorsätzlich in die Besuchermenge auf dem Weihnachtsmarkt nahe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Bei dem Anschlag starben zwölf Menschen, mehr als 70 wurden teilweise schwer verletzt.

Aktuell könne man dies an der Inschrift des geplanten Mahnmals erkennen, kritisiert Kraushaar, der die Kundgebung „Berlin gegen Islamismus“ am 19. Dezember mit einem Beitrag unterstützt. „Die Inschrift ist eine Plattitüde, die ausspart, dass der Anschlag eine religiöse Signatur getragen hat.“

Am Jahrestag des Terroranschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz wird ein Gedenkzeichen für die Opfer eingeweiht. Das Mahnmal trägt die Inschrift: „Zur Erinnerung an die Opfer des Terroranschlags am 19. Dezember 2016. Für ein friedliches Miteinander aller Menschen.“

„Der Ort des Anschlags ist ja nicht zufällig ausgewählt worden“, sagte Kraushaar. Der Attentäter habe möglichst viele Leute töten oder verletzen wollen, die sich mit Weihnachten, dem höchsten christlichen Fest, verbunden fühlen.“ Den antichristlichen Bezug müsse man bei der Bewertung des Anschlags unbedingt in Rechnung stellen. Dem weiche die Bundesregierung aus.

„Bisher hat sie an dieser Stelle versagt“, kritisiert Kraushaar. Zuletzt hatten Angehörige der Opfer in einem offenen Brief beklagt, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bislang nicht mit den Hinterbliebenen zusammengekommen war. Am Montag wird sich Merkel mit Opfern und Angehörigen treffen.

Bei Anis Amri habe Religion zunächst keine Rolle gespielt, später sei er aber von einem Imam angeworben und instruiert worden, sagte Kraushaar. „Die religiöse Legitimierung stammte jedenfalls von diesem Imam“, sagte Kraushaar.

Medienberichten zufolge soll Amri von dem Islamisten und Imam Abu Walaa rekrutiert worden sein, der im Verdacht steht, dem „Islamischen Staat“ nahezu stehen. Derzeit muss sich Abu Walaa vor dem Oberlandesgericht in Celle wegen Mitgliedschaft in einer ausländischen Vereinigung verantworten.

Noch werde das Gefahrenpotenzial islamistischer Anschläge von der Bundesregierung nur ungenügend thematisiert, sagte Kraushaar. „Die Unberechenbarkeit ist deshalb so gefährlich, weil man sich als Bürger in keiner Weise schützen kann“, sagte der Extremismusforscher.

Widerstand gegen von der Leyens Vorstoß zu Auslandseinsätzen

Verteidigungsministerin wirbt für Verlängerung der Mandate um ein Jahr

Verteidigungsministerin von der Leyen will wichtige Bundeswehrmissionen um ein volles Jahr statt nur um drei Monate verlängern - unabhängig vom Stand der Regierungsbildung. Im Parlament regt sich dagegen breiter Protest.

Essen/Berlin (epd). Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) stößt mit einem Vorschlag zur Verlängerung der Bundeswehr-Auslandseinsätze um ein ganzes Jahr auf breiten Widerstand im Parlament. „Der Bundestag darf der geschäftsführenden Bundesregierung keinen Blankocheck ausstellen“, sagte Grünen-Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger den Zeitungen der Essener Funke Mediengruppe (Sonntag). Gerade Mandate wie die Einsätze im Irak und in Syrien hätten gravierende Fehler, die schnellstmöglich behoben werden müssen.

Von der Leyen hatte erklärt, sie werde unabhängig vom Stand der Regierungsbildung in einigen Wochen mit allen Fraktionen des Bundestags sprechen, um eine Verlängerung der Auslandsmandate um ein Jahr zu erreichen. Die Soldaten bräuchten eine klare Rechtsgrundlage, zudem verließen sich die Partner der Deutschen darauf, dass die Bundeswehr weiter zu ihnen stehe, sagt sie den Funke-Zeitungen (Samstag).

Linken-Fraktionsvize Sevim Dagdelen warnte davor, die Einsätze „blindlings“ zu verlängern: „Die Mandate müssen dringend auf den Prüfstand“, erklärte sie. Vor allem der Irak sei ein Beispiel dafür, dass eine Verlängerung um ein Jahr ein hohes Risiko berge: Die Situation vor Ort sei völlig unklar. Die FDP sieht ebenfalls Diskussionsbedarf. Im neuen Jahr müsse man „stärker über die konkrete Ausgestaltung debattieren“, sagte Fraktionsvize Alexander Graf Lambsdorff den Funke-Blättern.

Der Bundestag hatte in den vergangenen Tagen insgesamt sieben Bundeswehr-Mandate um jeweils drei Monate verlängert, um die Kontinuität der Auslandseinsätze bis zur Regierungsbildung zu gewährleisten. In der Debatte hatten Redner aller Fraktionen allerdings deutlich gemacht, dass über die Einsätze insbesondere in Syrien und im Nordirak angesichts der jüngsten Entwicklungen und der militärischen Erfolge gegen den IS neu diskutiert und entschieden werden müsse.

Von der Leyen sprach sich für eine Verlängerung des umstrittenen Einsatzes im Nordirak aus. „Die Aufgabe, den IS zu bekämpfen und den Irak zu stabilisieren, ist noch nicht beendet“, sagte sie. Die Mission sei erfolgreich: „Wir haben die Peschmerga so ausgerüstet und ausgebildet, dass sie ihre Heimat freikämpfen konnten“, erklärte die Verteidigungsministerin. Zugleich bedauere sie, dass Kurden-Präsident Massud Barsani ein Referendum über einen unabhängigen Kurden-Staat auf den Weg gebracht habe, „obwohl wir ihm alle davon abgeraten haben“.

Gesellschaft

Weltweit mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte

Hamburg (epd). Die Zahl der Kriege und bewaffneten Konflikte hat sich 2017 weltweit erneut kaum verändert. Das geht aus Untersuchungen der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg hervor, die am Montag veröffentlicht wurden. Demnach wurden 2017 insgesamt 31 Kriege und bewaffnete Konflikte geführt, im Vorjahr waren es 32. Zwei Kriege wurden neu begonnen, drei bewaffnete Konflikte beendet.

In Burundi, Mosambik und im nordöstlichen indischen Bundesstaat Assam endeten 2017 die bewaffneten Konflikte. Dagegen entwickelten sich die Ende 2016 begonnenen gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Kasai-Provinz der Demokratischen Republik Kongo zum Krieg. Im Südwesten von Myanmar eskalierte die zuvor einseitige Gewalt gegen die muslimische Minderheit der Rohingya ebenfalls zum Krieg, der zwischen Rohingya-Rebellen und der Armee Myanmars geführt wird.

Die von Kämpfen zahlenmäßig am stärksten betroffene Weltregion war 2017 erneut der Vordere und Mittlere Orient mit zwölf Kriegen und bewaffneten Konflikten. Es folgten Afrika und Asien mit neun beziehungsweise acht kriegerischen Konflikten. In Lateinamerika und in Europa war jeweils ein Krieg zu verzeichnen.

Am meisten Aufmerksamkeit erhielt 2017 der Krieg gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) in seinen Kerngebieten im Irak und in Syrien. Nach monatelangen Kämpfen konnten nicht nur die größeren Städte Mossul und Rakka zurückerobert werden, sondern der IS verlor auch die Kontrolle über einen Großteil des Territoriums, das er seit 2014 unter seine Herrschaft gebracht hatte.

Die mit Abstand meisten Menschen kamen 2017 im Krieg in Syrien ums Leben. Mit Unterstützung der russischen Luftwaffe konnten die syrischen Regierungstruppen von Staatspräsident Baschar al-Assad in diesem Jahr ihre militärische Position entscheidend verbessern. Ein Ende des Krieges scheint bislang nicht in Sicht. Weitere wesentliche Austragungsorte von Kriegen waren 2017 Afghanistan, Somalia, Nigeria, die Demokratische Republik Kongo, Südsudan und der Jemen.

In Kolumbien wurde der Friedensprozess zwischen den FARC und der Regierung fortgeführt. Allerdings dauerten die Kampfhandlungen mit der kleineren Rebellengruppe ELN den größten Teil des Jahres an. Ab dem 1. Oktober wurde hier ein Waffenstillstand vereinbart, so dass sich die Chancen auf eine dauerhafte Beendigung des bislang längsten Krieges in Lateinamerika weiter verbessert haben.

„Krieg“ definiert das Uni-Institut als gewaltsamen Massenkonflikt, bei dem mindestens zwei bewaffnete Streitkräfte mit einem Mindestmaß an zentralgelenkter Organisation beteiligt sind und die militärischen Handlungen mit einer gewissen Regelmäßigkeit und Dauer stattfinden. Als beendet gelten Kriege, wenn die Kämpfe

Gesellschaft

mindestens für ein Jahr eingestellt oder unterhalb der Schwelle der Kriegsdefinition fortgeführt werden. „Bewaffnete Konflikte“ sind demzufolge gewaltsame Auseinandersetzungen, bei denen die Kriterien für einen Krieg nicht in vollem Umfang erfüllt sind.

Diskussion um Frakturschrift in sächsischem Polizeifahrzeug

Dresden/Leipzig (epd). In Sachsen sorgt ein Schriftzug auf den Sitzen eines neuen Panzerfahrzeugs zur Terrorabwehr für Aufsehen. Ein Sprecher des Landeskriminalamts (LKA) in Dresden wies am Montag Vorwürfe zurück, wonach das Logo in dem Fahrzeug an NS-Symbolik erinnere. „Das ist weder gesetzeswidrig, noch hat das Logo etwas mit Rechtsradikalismus zu tun“, sagte er der „Leipziger Volkszeitung“ (LVZ, Online-Ausgabe). Das betreffende Logo des Spezialeinsatzkommandos (SEK) gebe es bereits seit 1991, man habe die Bestickung so in Auftrag gegeben, fügte er hinzu. Jedoch werde man angesichts der aufgekommenen Kritik „die Sache noch einmal neu bewerten“.

Der umstrittene Schriftzug „Spezialeinsatzkommando Sachsen“, der in Frakturschrift gehalten ist und durch einen Lorbeerkranz komplettiert wird, ziert die Sitze des Panzerfahrzeugs „Survivor R“. Der Rüstungskonzern Rheinmetall hatte das Fahrzeug am Freitag an die sächsische Polizei übergeben, ein zweites soll folgen.

Der Grünen-Politiker und langjährige Bundestagsabgeordnete Volker Beck forderte das sächsische Innenministerium wegen des Schriftzugs in der Nacht zu Montag auf Twitter dazu auf, die Bestelldokumente für das Fahrzeug öffentlich zu machen. Die Grünen im sächsischen Landtag stellen eine kleine Anfrage an die Dresdner Landesregierung, um in Erfahrung zu bringen, wer die Bestickung der Sitze veranlasst hat.

„Hier ist nichts Schlechtes passiert“, sagte der LKA-Sprecher der LVZ: „Das ist eine Eigenkreation und nichts aus der Vergangenheit.“ Die Krone über dem sächsischen Wappen stehe für den internen Funkruf-Namen des SEK, die beiden Löwen innerhalb des Lorbeerkranzes gehörten zur Stadt Leipzig, wo das Kommando beheimatet ist, sagte er weiter.

Das Logo sei nach der Wende „quasi als Aufbauhilfe von den Kollegen aus Baden-Württemberg mitgebracht“ worden, fügte der Sprecher hinzu. In ähnlicher Form werde es auch von Einheiten in anderen Bundesländern verwendet.

Das sächsische Innenministerium hatte bereits am Sonntag Vorwürfe wegen des Schriftzugs zurückgewiesen. Das Fahrzeug sei mit „dieser Bestickung der Sitze vom Hersteller so ausgeliefert“ worden, twitterte das Ministerium. „Auch wenn die vom Hersteller gewählte Schriftart nicht dem Markenhandbuch entspricht: Darin

ein Indiz für rechte Attitüde zu sehen, weisen wir entschieden zurück“, schrieb die Behörde.

Gutachter: Stadt Dresden handelte bei „Pegida“-Versammlungen korrekt

Dresden (epd). Die Stadt Dresden hat sich bei Versammlungen der fremdenfeindlichen „Pegida“-Bewegung und deren Gegnern laut einem externen Gutachten grundsätzlich korrekt verhalten. Systematische oder grundsätzliche Fehler der Verwaltungspraxis „können die Gutachter ausdrücklich nicht feststellen“, urteilen die Experten laut einer Mitteilung der Stadt vom Freitag.

Die Stadt war in der Vergangenheit mehrfach kritisiert worden, den „Pegida“-Demonstranten zu freundlich gesinnt zu sein und Proteste gegen das Bündnis zu behindern. Dresdens Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) hatte daher den Freiburger Staatsrechtsprofessor Ralf Poscher und den Juristen und ehemaligen Bonner Polizeipräsidenten Michael Kniessel beauftragt, das Handeln der Dresdner Versammlungsbehörde zu überprüfen.

In ihrem mehr als 100-seitigen Bericht betonten die Gutachter den Wert der durch die Verfassung garantierten Versammlungsfreiheit. Die Dresdner Behörde sei ihrem Auftrag „im gebotenen Maße gerecht geworden“, schreiben die Autoren. Dieser bestehe darin, „die Versammlungsfreiheit von jedermann zu schützen“, also „von Rechten und Linken“. Ihre „Bescheidungspraxis“ bei Versammlungen sowohl des „Pegida“-Bündnisses als auch von dessen Gegnern sei trotz einzelner Mängel „versammlungsfreundlich“ gewesen, so die Gutachter weiter.

Hilbert empfahlen die Juristen, die Zuständigkeit für Versammlungen verstärkt an die Polizei abzugeben. Dadurch könne sich der Oberbürgermeister stärker positionieren und müsse weniger Rücksicht darauf nehmen, zugleich Vorgesetzter der Versammlungsbehörde zu sein, so die Gutachter.

Die Linksfraktion im Dresdner Stadtrat kritisierte, das Gutachten habe das eigentliche Problem nicht erfasst. Dieses bestehe in der „unzureichenden Kontrolle und Durchsetzung von Auflagen, die in der Praxis dazu führen, dass Rechtsradikale bei ihren Aufmärschen in Dresden unbehelligt bleiben und weitgehende Freiheiten genießen“. Zudem stützten sich die Gutachter nur auf die Aktenlage und hätten nicht mit Betroffenen gesprochen.

„Pegida“ hatte sich am 17. Oktober 2014 erstmals in Dresden versammelt. Seit drei Jahren demonstriert die Bewegung regelmäßig montags in Dresden. Zuletzt nahmen jeweils rund 2.000 Anhänger an den Veranstaltungen teil.

AfD will Glaser im Januar erneut als Parlaments-Vize zur Wahl stellen

Berlin (epd). Trotz der breiten Ablehnung im Bundestag will die AfD an ihrem Kandidaten für den Posten des Bundestagsvizepräsidenten festhalten. „Wir werden Albrecht Glaser im Januar wieder zur Wahl stellen“, sagte Hansjörg Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion, dem Magazin „Der Spiegel“. Er empfehle den anderen Parteien, sich unideologisch und sachlich mit dem AfD-Kandidaten auseinanderzusetzen, dann gebe es auch kein Problem.

Nach Angaben des „Spiegel“ hatte sich Glaser bei der FDP-Fraktion vorgestellt, diese danach ihre ablehnende Haltung aber nicht geändert. Andere Fraktionen lehnten solche Treffen ab.

Glaser war bei der Wahl der Vizepräsidenten in der konstituierenden Sitzung des Bundestages in drei Wahlgängen klar gescheitert. Die Fraktionsspitze hatte erklärt, an ihm festhalten und ihn noch in diesem Jahr erneut zur Wahl stellen zu wollen. Sie bot auch Treffen mit ihrem Kandidaten an.

Jede Fraktion im Bundestag kann einen der insgesamt sechs Stellvertreter von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) stellen. Üblicherweise wählen die Abgeordneten jeweils den Kandidaten einer jeden Fraktion. Glaser war aber wegen islamfeindlicher Äußerungen auf Widerstand gestoßen. Der frühere CDU-Kommunalpolitiker hatte erklärt, das Grundrecht auf Religionsfreiheit gelte für Muslime nicht, da der Islam die Religionsfreiheit selbst nicht respektiere.

Immer weniger Abgeordnete geben Auskunft über ihren Glauben

Berlin (epd). Immer mehr Bundestagsabgeordnete wollen über ihre Religionszugehörigkeit öffentlich keine Angaben machen. Wie aus der am Freitag in Berlin veröffentlichten Statistik über die Konfessionen der Parlamentarier hervorgeht, gaben 38 Prozent der im September gewählten Mitglieder des aktuellen Bundestags dazu keine Auskunft. Damit sind sie inzwischen die größte Gruppe in dieser Statistik. In der vergangenen Wahlperiode waren es noch 30 Prozent.

Bei den Abgeordneten, die dazu Angaben machen, sind in dieser Legislaturperiode die Katholiken in der Mehrheit. 27 Prozent der Parlamentarier gehören demnach zur römisch-katholischen Kirche. 26 Prozent gehören der evangelischen Kirche an. 7,5 Prozent der Abgeordneten gaben an, konfessionslos zu sein. 0,4 Prozent der Mitglieder des Bundestags bekennen sich zum Islam.

Gesellschaft

Abgeordnete, die keine Auskünfte zu ihrer Religionszugehörigkeit geben, sind insbesondere bei den Grünen (67 Prozent), Linken (59,4 Prozent) und der AfD (56,5 Prozent) stark vertreten. Aber auch bei den Christdemokraten und -sozialen wächst der Anteil derer, die Religionszugehörigkeit als Privatsache ansehen. Gut 14 Prozent von ihnen machten dazu keine Angaben. In der vergangenen Wahlperiode waren es noch knapp sechs Prozent.

Christen, die sich öffentlich zu ihrem Glauben bekennen, gibt es damit immer weniger im Bundestag. Waren es im vorhergehenden Parlament noch rund 65 Prozent, sind es jetzt insgesamt noch gut die Hälfte (53 Prozent). Auch der ohnehin geringe Anteil bekennender Muslime sank von 0,6 Prozent in der vergangenen Wahlperiode. Der Anteil konfessionsloser Politiker von knapp vier Prozent in den Jahren 2013 bis 2017 hat sich dagegen fast verdoppelt.

Flüchtlinge: Familiennachzug aus Griechenland angestiegen

Osnabrück (epd). Der lange stockende Familiennachzug von in Griechenland gestrandeten Flüchtlingen geht offenbar schneller voran. Im November wurden 558 Angehörige von in Deutschland lebenden Flüchtlingen geholt, heißt es in einem Bericht der „Osnabrücker Zeitung“ (Samstag). Dies sei der höchste Monatswert in diesem Jahr. Die Zeitung beruft sich dabei auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken zur Asylstatistik.

Die Überstellungszahlen von Griechenland nach Deutschland hätten in den vergangenen Monaten „sukzessive erheblich erhöht“ werden können, hieß es. Im September und Oktober seien es jeweils unter 270 Menschen gewesen, die von ihren Angehörigen nachgeholt werden konnten. Im Sommer seien es sogar nur 80 bis 130 Flüchtlinge monatlich gewesen.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres haben den Angaben zufolge rund 1.885 Familienzusammenführungen aus Griechenland stattgefunden. Im gesamten Vorjahr lag die Zahl bei 739. In Griechenland warteten nach Angaben der griechischen Behörden noch rund 4.500 Familienangehörige mit einer Zusage auf ihre Überstellung nach Deutschland. Darunter seien syrische, aber auch afghanische und irakische Flüchtlinge.

Wenn ein Familienmitglied in Deutschland einen Asylantrag gestellt oder einen Schutzstatus erhalten habe, liege die Zuständigkeit für weitere Anträge enger Familienangehöriger ebenfalls bei der Bundesrepublik, hieß es. Laut der sogenannten Dublin-Verordnung müsse der Nachzug innerhalb von sechs Monaten erfolgen. Diese Art von Familienzusammenführung betreffe allerdings nicht den Nachzug aus Herkunftsländern wie etwa Syrien, der für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutz noch bis März 2018 ausgesetzt sei.

Gesellschaft

Expertin: Regierung kauft Flüchtlingen mit Prämie Asylrecht ab

epd-Gespräch: Patricia Averagesch

Frankfurt a.M. (epd). Die Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international hat die Rückkehrprämie der Bundesregierung für Asylbewerber stark kritisiert. „Man kauft den Flüchtlingen ihr Recht auf Asyl ab“, sagte die medico-Migrationsexpertin Ramona Lenz dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Frankfurt. Nicht nur abgelehnte Asylbewerber verließen damit das Land, sondern zum Teil auch Flüchtlinge mit Anspruch auf Schutz, weil sie verzweifelt und zermürbt seien vom Warten auf das Asylverfahren.

„Wenn die Regierung in einer solchen Situation mit Prämien wirbt, setzt sie die Menschen unnötig unter Druck, eine womöglich lebensbedrohliche Entscheidung zu treffen“, sagte Lenz. Der Bund bietet Flüchtlingen, die freiwillig in ihr Herkunftsland zurückkehren, finanzielle Hilfen wie die Übernahme der Reisekosten und eine Starthilfe bis zu 1.200 Euro.

Anfang Dezember hat das Innenministerium die Programme für drei Monate um eine Wohnkostenhilfe für Möbel, Miete und Bauarbeiten erweitert. „Die Prämie ist das Ergebnis einer reinen Kostenkalkulation“, erklärte die Migrationsexpertin. Mit den Rückkehr-Programmen wolle die Bundesregierung die teuren Asylverfahren umgehen.

Nach Ansicht von Lenz aber müssen die Behörden bei jedem Asylbewerber prüfen, ob er einen Anspruch auf Schutz hat. „Diesen Weg kann man nicht abkürzen - auch nicht, wenn die Behörden überlastet sind“, mahnte sie. „Den Weg abzukürzen, bedeutet ein Menschenrecht zu beschneiden, nämlich das Recht auf Asyl.“

Die Prämie spricht Familien Sachleistungen im Wert von bis zu 3.000 Euro zu, Einzelpersonen erhalten höchstens 1.000 Euro. „Das ist eine lächerliche Summe, wenn man bedenkt, dass viele Flüchtlinge Eigentum verkauft haben, um mit Hilfe von Schleppern eine illegale Route auf sich zu nehmen“, urteilte die medico-Expertin Lenz.

Die Zahl der freiwilligen Ausreisen war im vergangenen Jahr fast doppelt so hoch wie die Zahl der Abschiebungen. Aus der Antwort auf eine Anfrage der Linken an die Bundesregierung geht hervor, dass 2016 rund 54.000 Flüchtlinge Deutschland freiwillig verlassen haben. Über 25.000 Personen wurden abgeschoben.

Im Gegensatz zum Vorjahr kehren derzeit deutlich weniger Asylsuchende freiwillig in ihr Herkunftsland zurück. Während bis Ende Oktober 2017 etwa 26.000 Flüchtlinge über die Rückkehr-Programme des Bundes ausreisten, waren es im vergangenen Jahr zu diesem Zeitpunkt bereits gut 47.000 Personen.

Gesellschaft

Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist die Zahl der freiwilligen Rückkehrer insgesamt auf einem „konstant hohen Niveau“: Mit rund 26.000 Menschen sei die diesjährige Zahl etwa so hoch wie im Jahr 2015. Ein Vergleich mit 2016 biete sich nicht an: Weil in dieser Zeit überdurchschnittlich viele Asylsuchende nach Deutschland gekommen seien, sei auch die Zahl der freiwilligen Rückkehrer höher gewesen.

Berliner Senat will Flüchtlings-Notunterkünfte auflösen

epd-Gespräch: Christine Xuân Müller

Berlin (epd). Der Berliner Senat will alle Notunterkünfte für Flüchtlinge auflösen. Einen genauen Termin gebe es dafür zwar nicht, „wir möchten das aber so schnell wie möglich“, sagte Berlins Sozialsenatorin Elke Breitenbach (Linke) dem Evangelischen Pressedienst (epd). Noch immer lebten in Berlin 4.211 geflüchtete Menschen in Notunterkünften.

Zwar seien dies nicht alles prekäre Unterkünfte, betonte Breitenbach. Dennoch solle die Wohnsituation der betroffenen Flüchtlinge möglichst rasch verbessert werden. „Wir haben angefangen, einige Notunterkünfte in Gemeinschaftsunterkünften umzubauen, damit die Flüchtlinge unter anderem selber kochen können“, sagte Breitenbach.

Zudem würden in den kommenden Wochen weitere aus Wohncontainern bestehende „Tempohomes“ eröffnet, in die Flüchtlinge einziehen sollen. Auch diese Unterkünfte seien aber nicht optimal. „Wir wollen letztendlich weg von den Flüchtlingsunterkünften und möchten, dass die Menschen in Wohnungen untergebracht werden“, betonte Breitenbach. Sie fügte hinzu: „Eine eigene Wohnung ist eine zentrale Voraussetzung, um sich ein eigenständiges Leben aufbauen zu können.“

Der Berliner Senat plane dafür den Bau von 30 weiteren sogenannten Modularen Unterkünften für Flüchtlinge (MUF). Das seien Mehrfamilienhäuser, die in Plattenbauweise errichtet werden. Darin könnten insgesamt rund 12.000 Menschen untergebracht werden. Geplant seien solche Neubauten etwa in Berlin-Buch und in Marzahn-Hellersdorf.

Perspektivisch sollten in diese zum Teil barrierefreien Wohnungen auch andere Menschen einziehen können. Nach der bestehenden Rechtslage würden diese Neubauten zunächst jedoch drei Jahre lang ausschließlich von Flüchtlingen bewohnt. Danach solle sich jedoch die Wohnbevölkerung durchmischen, erklärte die Senatorin.

Nach einem Jahr im Amt verwies Breitenbach darauf, dass in den vergangenen zwölf Monaten bereits 12.000 Flüchtlinge aus Notunterkünften herausgebracht und

in bessere Unterkünfte ziehen konnten. Dennoch liege „noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns. Das ist überhaupt keine Frage“, räumte die Sozialsenatorin ein.

EKD-Olympiapfarrer Weber für Start einzelner Russen bei Olympia

Düsseldorf (epd). Der evangelische Olympiapfarrer Thomas Weber hat die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) begrüßt, bei den kommenden Winterspielen im südkoreanischen Pyeongchang russische Athleten nicht kategorisch auszuschließen. Dass Russland als Nation ausgeschlossen werde, finde er absolut richtig, sagte Weber der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Samstag). „Gleichzeitig sehe ich es aber auch so wie viele Athleten, dass russische Sportler, die nachweislich sauber sind, die Möglichkeit haben müssen, unter neutraler Flagge teilzunehmen.“

Schließlich gehe es in der ursprünglichen Idee der Olympischen Spiele der Neuzeit darum, dass sich die besten Sportler aus aller Welt mit ihren Leistungen messen, nicht die besten Nationen, betonte Weber, der seit 2006 Olympiapfarrer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist. „Was daraus bis heute geworden ist, ist halt ein Länderwettkampf um Medaillen“, sagte der 57-Jährige aus dem nordrhein-westfälischen Gevelsberg der Zeitung.

Das IOC hatte Anfang Dezember das Nationale Olympische Komitee Russlands wegen systematischen Dopings von den Winterspielen vom 9. bis 25. Februar ausgeschlossen. Saubere Sportler sollen aber als „neutrale“ Athleten antreten dürfen.

Psychotherapeut Maaz warnt vor narzisstischer Gesellschaft

Berlin (epd). Der Hallenser Psychotherapeut und Autor Hans-Joachim Maaz sieht die Gesellschaft in Deutschland in eine falsche Richtung steuern. Heute sei „die narzisstische Störung nahezu zur Bedingung geworden, um erfolgreich zu sein“, sagte Maaz dem in Berlin erscheinenden „Tagesspiegel“ (Sonntag). „Wenn die Fehlentwicklung eines Einzelnen zu einem Massenphänomen wird“, erscheine dies die Norm zu sein. Narzissmus bezeichnet umgangssprachlich im weitesten Sinne Selbstverliebtheit und Selbstbewunderung eines Menschen.

Als Beispiel verwies Maaz auf die frühzeitige Kinderbetreuung in Kinderkrippen und Kitas. „Wenn etwa die Frühbetreuung von Kindern durch die Eltern für weniger wichtig gehalten wird als die Fremdbetreuung durch Kitas und Krippen, dann halte ich das für falsch.“

Gesellschaft

In den ersten drei Jahren bauten Eltern ihre Bindung zum Kind auf, unterstrich Maaz. „Damit wird die Grundlage für seine gesamte spätere Entwicklung gelegt.“ Nach dem dritten Lebensjahr seien Kindergärten dagegen empfehlenswert. „Es kann natürlich auch sein, dass die frustrierte Mutter oder ein autoritärer oder zu liberaler Vater schlecht fürs Kind sind. Eltern müssen lernen, Eltern zu sein“, sagte Maaz weiter.

Ein Mangel an Elternliebe führe „zu schwersten Verwerfungen in den Seelen und letztlich in ganzen Gesellschaften“. Wer als Kind keine Elternliebe erlebt habe, werde auch später Liebe nicht annehmen können. „Der muss dann mit seinen Defiziten leben.“ Der Narzisst versuche verzweifelt, „die Liebe, die ihm seine Eltern verwehrt haben, durch Anerkennung zu erlangen“, unterstrich der 74-jährige Psychotherapeut.

Maaz war Chefarzt einer psychosomatischen Klinik in Halle. Bekannt wurde er durch sein Buch „Der Gefühlsstau“ über den Einfluss staatlicher Repression auf die Psyche des DDR-Menschen.

Monika Barz erhält Bundesverdienstkreuz

Bad Boll/Ludwigsburg (epd). Für ihr Engagement in Frauen- und Geschlechterfragen erhält die Pädagogikprofessorin Monika Barz das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland. Damit würdige Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die herausragenden Leistungen von Monika Barz für das Gemeinwesen, teilte die Evangelische Akademie Bad Boll am Sonntag mit. Barz habe sich seit vielen Jahren für die Wahrnehmung und Emanzipation lesbischer Frauen in Kirche und Gesellschaft verdient gemacht. Die offizielle Verleihung des Ordens findet 2018 statt.

Barz ist in der Frauen- und Lesbenbewegung aktiv und war von 1993 bis 2016 Professorin für Frauen- und Geschlechterfragen an der Evangelischen Hochschule in Ludwigsburg. Sie hatte 1985 an der bundesweit ersten Tagung für lesbische Frauen im kirchlichen Raum in Bad Boll teilgenommen, heißt es weiter.

1987 veröffentlichte sie gemeinsam mit Herta Leistner und Ute Wild das Buch „Hättest Du gedacht, dass wir so viele sind? Lesbische Frauen in der Kirche“. Beim Kirchentag in Stuttgart 2013 war sie in der Projektleitung für das Regenbogenzentrum. Barz ist Mitbegründerin des Netzwerk LSBTTIQ Baden-Württemberg und Mitglied im Beirat „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ des baden-württembergischen Sozialministeriums.

Ein Lächeln statt langer Gesichter

Wie ungeliebte Geschenke getauscht oder versteigert werden können

Von Karen Miether (epd)

Wer schenkt, will Freude bereiten. Manchmal kommen Strickschal oder Fondueset aber nicht so gut an. Auktionen oder Tauschbörsen sind dann vielleicht eine zweite Chance. In den Geschäften dagegen geht der Umtausch nach Weihnachten zurück.

Lüneburg/Celle (epd). Die Frau hat ein Schokofondue unterm Arm. Es wäre ihr viertes gewesen. Der Mann bringt ein Teeservice, das in der Familie von Kaffeetrinkern keiner braucht. Bei der „Nacht der langen Gesichter“ können Besucher im Lüneburger Glockenhaus Weihnachtsgeschenke versteigern lassen, die nicht so ganz den Geschmack getroffen haben. Die wenigsten hätten ein schlechtes Gewissen dabei, kurz nach dem Fest Gaben zu Geld zu machen, sagt Sabine Thümer-Bauereiß von der Stiftung Medien- und Onlinesucht, die am 28. Dezember zum fünften Mal die Versteigerung in der niedersächsischen Hansestadt organisiert.

„Die Menschen kommen selbstbewusst. Sie sind froh, etwas loszuwerden und damit noch den guten Zweck zu unterstützen“, sagt Thümer-Bauereiß. Sie hat die Idee aus Nürnberg mit in den Norden gebracht, wo der „Markt der langen G'sichter“ nach 20 Jahren schon Kultcharakter hat. Im Norden wie im Süden geht ein Teil des Verkaufserlöses an ein soziales Projekt wie die Lüneburger Stiftung, deren Projekte Medienkompetenz fördern.

Im niedersächsischen Celle korrigiert der Weihnachtsmann bei einer Tauschbörse höchstpersönlich schon am zweiten Weihnachtstag seine Irrgriffe. Die Aktion vor dem Alten Rathaus ziehe viele Schaulustige an, sagt Marcus Feuerstein von der Tourismus und Marketing-Gesellschaft der Stadt: „Ein Riesenhappening.“ Nicht geliebte Geschenke liegen dann auf einem Tisch, wie Feuerstein beschreibt, und der Herr im Weihnachtsmannkostüm handelt aus: Wer nimmt das Cocktail-Besteck und will vielleicht lieber den selbst gestrickten Schal? „Im besten Fall gehen beide glücklich nach Hause.“

Tauschbörsen florieren auch im Internet. Im Einzelhandel sinkt nach Angaben des Handelsverband Deutschland allerdings die Umtauschquote. Wenn nach Weihnachten dennoch die Geschäfte voll sind, liegt das auch daran, dass Gutscheine eingelöst werden.

Nach einer Umfrage des Verbandes gab jeder zweite von mehr als 56.000 Verbrauchern an, Weihnachten gerne Gutscheine zu verschenken, wie Pressesprecher Stefan Hertel erläutert. Auch deshalb würden nicht einmal mehr fünf Prozent der Geschenke umgetauscht. Eine Ausnahme seien Spielwaren. „Bei Kindern möchte jeder die leuchtenden Augen beim Geschenke-Auspacken erleben. So entsteht aber auch eine größere Zahl an Fehlkäufen.“

Gesellschaft

Gesellschaft

Doch selbst ein ungeliebtes Geschenk kann noch Gutes bewirken. So ruft die Hilfsorganisation „Oxfam Deutschland“ in der Weihnachtszeit in manchen Regionen dazu auf, die Präsente wie Kleidung, Haushaltswaren oder Bücher in einem ihrer Shops abzugeben. Dort verkaufen Ehrenamtliche die Spenden zugunsten von Projekten der Entwicklungsorganisation.

Nach den Festtagen steige der Spendeneingang, sagt Oxfam-Fachreferent Dirk Horn. Das liegt nicht nur an den Geschenken: „Zwischen den Jahren nutzen Menschen oft auch die Gelegenheit zum Ausmisten.“ Wenn Ware noch eingeschweißt oder das Geschenkpapier noch dran sei, könnten die Mitarbeiter aber erkennen: Das lag mal unter dem Baum.

In Lüneburg bekommt die Stiftung Medien und Onlinesucht in diesem Jahr 25 Prozent aus dem Erlös der Versteigerung. Den Auktionator gibt der Ruhestandspastor Bernd Werner. Nicht nur Verkäufer und diejenigen, die den Zuschlag erhielten, hätten Spaß an der Aktion, sagt er: Ein Künstler setzt auf der Bühne letzte Pinselstriche auf ein Bild, das ebenfalls unter den Hammer kommt. Ein örtlicher Händler spendet Wein, ein Bäcker Brezeln. Und wenn Skurriles wie ein altes Schifferklavier oder ein Elvis-Kochbuch feilgeboten wird, hat das sogar Unterhaltungswert.

Weihnachtsgeschenke umtauschen

Göttingen (epd). Der Pullover ist zu klein, das Kochtopf-Set trifft nicht den Geschmack - also zurück mit dem ungeliebten Geschenk in den Laden? Grundsätzlich gebe es kein Recht auf Umtausch, wenn Weihnachtsgeschenke nicht gefallen, sagt die Juristin Kathrin Körber von der Verbraucherzentrale Niedersachsen. Es hänge ausschließlich von der Entscheidung des Händlers ab, ob er hier kulant sein wolle. „Wichtig ist deshalb, dass ich schon beim Kauf an der Kasse frage, ob, bis wann und zu welchen Bedingungen ich tauschen kann.“

Manchmal weise der Kaufbon bereits auf die Bedingungen hin. Sonst sollte man sie sich auf dem Bon bestätigen lassen, sagt Körber. Manche Händler gäben Bargeld zurück, andere erlaubten den Tausch gegen andere Ware oder einen Gutschein. Wichtig sei auch, nach der Umtauschfrist zu fragen. „Wenn die nicht bis über die Festtage hinaus reicht, muss ich mein Geschenk dann vielleicht lieber woanders kaufen.“ Ohne Bon klappt es mit dem Umtausch in der Regel nicht, betont die Juristin. „Ich muss nachweisen, dass ich das Produkt auch in dem Geschäft gekauft habe.“

Bei Onlinebestellungen gebe es in der Regel ein Widerrufsrecht von 14 Tagen, innerhalb deren Ware wieder zurückgeschickt werden könne, erläutert die Juristin. Ausnahmen seien dabei Hygieneartikel oder Produkte wie Software, die mit einem Siegel geschützt seien. Bekleidung dürfe anprobiert werden, wenn die Etiketten dran blieben. Es könne getestet werden, ob Elektrogeräte auch funktionieren.

Ob der Beschenkte allerdings zugeben möchte, dass ihm das Geschenk nicht gefallen hat, müsse er selbst entscheiden. „Natürlich versucht man, höflich zu sein und niemanden zu verprellen“, sagt Körber. „Ziel ist aber doch, jemandem mit einem Geschenk eine Freude zu machen. Da sollte man den Mut haben, zu sagen, wenn etwas nicht passt oder zusagt.“

Weihnachtsbaumplantagen bieten Vögeln eine Heimat

Osnabrück (epd). Weihnachtsbaumkulturen haben nach einer Studie der Universität Osnabrück einen hohen Wert als Lebensraum für gefährdete Brutvogelarten. Sogar Vögel, die auf der Roten Liste der vom Aussterben bedrohten Arten stehen, wie Baumpieper, Bluthänfling, Fitis, Goldammer und Heidelerche, kämen in den Nadelbaumkulturen sehr häufig vor, teilte die Deutsche Bundesstiftung Umwelt am Montag in Osnabrück mit. Wissenschaftler der Universität untersuchten gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen im Sauerland das mit 18.000 Hektar wichtigste Produktionsgebiet von Weihnachtsbäumen in Europa. Die Stiftung förderte das Vorhaben mit rund 200.000 Euro.

Der Landschaftsökologe Thomas Fartmann von der Universität Osnabrück erläuterte, bisher gebe es kaum Untersuchungen zur biologischen Vielfalt und zur Ökologie der Weihnachtsbaumkulturen. Die Plantagen seien Intensivkulturen, betonte Fartmann. Insekten, Pilze und Unkräuter würden mit chemischen Mitteln bekämpft. Umso interessanter sei das große Vogelvorkommen. In der Studie seien auch Pflanzen, Biotop-Typen und Landschaftsstrukturen untersucht worden. Die Ergebnisse würden zusammen mit den Kooperationspartnern, den Weihnachtsbaumproduzenten und Fachbehörden ausgewertet.

Weltkirchenrat bekräftigt Kritik an Trump-Entscheidung zu Jerusalem

Genf/Frankfurt a.M. (epd). Der Weltkirchenrat hat seine Kritik an der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA bekräftigt. Christen aus der ganzen Welt hätten die Entscheidung von US-Präsident Donald Trump als „schweren Rückschlag der Bemühungen für Gerechtigkeit und nachhaltigen Frieden im Heiligen Land“ bezeichnet, erklärte der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) am Samstag in Genf.

Die Entscheidung, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, provoziere weitere gewalttätige Konflikte in der Region, hieß es. Im ÖRK mit Sitz in Genf sind gut 350 Kirchen mit mehr als einer halben Milliarde Mitglieder vereinigt.

Gesellschaft

Der Ökumenische Rat der Kirchen betrachte Jerusalem als eine Stadt, die von zwei Völkern geteilt wird und drei Religionen heilig sei, hieß es weiter. ÖRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit hatte bereits Anfang Dezember erklärt, ein solcher Schritt von Trump könne den gesamten Nahen Osten destabilisieren und eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich machen. Es müsse eine Verhandlungslösung zwischen Israelis und Palästinensern über den Status Jerusalems geben, so der norwegische Pfarrer Tveit.

Der politische Status von Jerusalem ist eines der heikelsten Themen im Nahost-Konflikt: Die Palästinenser beanspruchen das arabisch geprägte Ost-Jerusalem als Hauptstadt für einen künftigen eigenen Staat, Israel dagegen Jerusalem als Ganzes. Im Sechs-Tage-Krieg 1967 hatte Israel die Osthälfte erobert und später annektiert. Die internationale Staatengemeinschaft erkannte diesen Schritt nicht an.

USA: Parteipolitische Predigten werden weiter steuerlich bestraft

Washington (epd). Parteipolitische Predigten kommen die Kirchen in den USA weiter teuer zu stehen: Unterstützen Pfarrer in Gottesdiensten bestimmte Parteien, gefährden sie die Steuerbefreiung ihrer Kirche. Ein Versuch der Republikaner, daran etwas zu ändern, ist gescheitert, wie die „Washington Post“ (Freitag) berichtet. Unter Berufung auf demokratische und republikanische Senatoren meldete die Zeitung, der amerikanische Senat habe die Predigtreform aus dem Gesetzentwurf für die Steuerreform gestrichen, die gegenwärtig im Kongress debattiert wird. Die Predigtreform dürfe aus Verfahrensgründen nicht Teil des Pakets sein.

Der republikanische Senator James Lankford äußerte sich enttäuscht. Man dürfe dem „Staat und dem Finanzamt“ nicht die Macht zugestehen, die Redefreiheit zu begrenzen, sagte der Politiker dem Fernsehsender „Christian Broadcasting Network“.

Gegenwärtig dürfen in den USA Kirchen und gemeinnützige Verbände nicht parteipolitisch aktiv sein. Bei Zuwiderhandlung droht die Aberkennung der Steuerbefreiung. Dies regelt ein Gesetz von 1954, das sogenannte Johnson Amendment. Umfragen zufolge sind die meisten Kirchgänger und Pastoren mit dieser Vorschrift zufrieden.

US-Präsident Donald Trump hatte das Amendment jedoch als „Waffe des Staates gegen gläubige Menschen“ verurteilt. Zu Beginn seiner Präsidentschaft hatte er versprochen, er werde das Johnson Amendment „vollkommen zerstören“.

Dieser Vorstoß gilt als Entgegenkommen an evangelikale Christen. Zugleich könnte eine Reform Trump in die Hände spielen. Rund 80 Prozent der weißen

Evangelikalen hatten ihm vor einem Jahr ihre Stimme gegeben. Die Republikaner haben nun die Option, ein separates „Predigtgesetz“ zu entwerfen.

Massenprotest In Jakarta gegen Trumps Jerusalem-Entscheidung

Jakarta/Frankfurt am Main (epd). In Indonesiens Hauptstadt Jakarta haben Zehntausende Menschen gegen die Jerusalem-Entscheidung von US-Präsident Donald Trump demonstriert. Wie die indonesische Polizei am Sonntag mitteilte, nahmen an der Kundgebung durch die Hauptstadt etwa 80.000 Menschen teil. Einige lokale Medien schätzten deren Anzahl auf das Doppelte.

Zu den Protesten aufgerufen hatten mehrere muslimische Gruppierungen und Geistliche. Zudem forderten die Demonstranten den Boykott israelischer und US-Produkte für den Fall, dass Trump seine Entscheidung, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, nicht zurücknehme.

In einer auf der Kundgebung verlesenen Petition hieß es, die Entscheidung des US-Präsidenten verstoße gegen internationales Recht, verletze die Menschenrechte der Palästinenser und untergrabe die Friedensbemühungen im Nahen Osten. Zudem seien alle anderen Länder dazu aufgerufen, diesen Beschluss zurückzuweisen.

Nach Angaben der Behörden waren 20.000 Sicherheitskräfte im Einsatz. Die Proteste seien friedlich verlaufen, hieß es. Die Demonstration vom Sonntag gegen Trumps Jerusalem-Entscheidung war den Informationen nach die bislang vierte und größte in dem Inselreich, in dem rund 88 Prozent der etwa 260 Millionen Einwohner muslimischen Glaubens sind.

Landesbischof Meister: US-Präsident Trump wird zum Sicherheitsrisiko

epd-Gespräch: Ulrike Millhahn

Hannover (epd). Der hannoversche Landesbischof Ralf Meister sieht den US-Präsidenten Donald Trump zunehmend als ein sicherheitspolitisches Risiko für die Weltgemeinschaft. „Die Entscheidung Trumps, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, kann man nicht wie manche andere seiner Verlautbarungen nur als politische Dummheit einordnen“, sagte der evangelische Theologe im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Diese Proklamation müsse vielmehr so behandelt werden wie Trumps Provokation gegenüber Nordkorea vor einigen Wochen: „Er legt Feuer bei internationalen Konflikten und zwar leichtfertig, fahrlässig und hochgradig dumm.“

Meister zitierte in diesem Zusammenhang den von den Nationalsozialisten ermordeten Theologen Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), der gesagt habe, Dummheit sei ein viel gefährlicheres Phänomen als das Böse. Gegen das Böse könne man kämpfen, aber Dummheit sei ein menschlicher Defekt, der nicht mit Argumenten geheilt werden könne. „Die These Bonhoeffers trifft nach meiner Wahrnehmung auch auf Donald Trump zu“, sagte Meister, der auch Ratsvorsitzender der evangelischen Kirchen in Niedersachsen ist.

Es sei extrem verunsichernd und alarmierend, wie evangelische Christen in den USA zur Wahl Trumps beigetragen hätten und ihn auch weiterhin unterstützten. „Die Trumpsche Politik unterscheidet sich grundlegend von der Wahrhaftigkeit eines christlichen Ethos. Es ist für mich ein großes Rätsel, wie sich breite Kreise im evangelikalen Lager damit identifizieren können“, betonte Meister und fügte hinzu: „Ich wünsche mir, dass die europäischen Kirchen ein klares Signal gegen diese gefährlichen Auswüchse eines derartigen US-Protestantismus setzen.“

Am Verbrennen der blauen Davidstern-Flagge in Berlin Anfang Dezember als Reaktion auf das Trump-Votum für Jerusalem sei ein markanter Anti-Israelismus zu beobachten gewesen, betonte Meister. Es gebe einen wachsenden Antisemitismus, der auch von in Deutschland lebenden arabischen Mitbürgern getragen werde. „Damit bekommt der ohnehin in rechtsextremen Parteien und Gruppierungen existierende Antisemitismus weiteren Zulauf und eine besondere Radikalität.“

Er sehe es durchaus als eine Verantwortung von Christinnen und Christen, israelische Politik sachgerecht zu kritisieren, betonte Meister, der unter anderem auch in Israel studierte. „Wir erleben in den besetzten Gebieten viele Handlungen, die völkerrechtlich problematisch sind“, sagte der Bischof: „Und das muss man auch sagen dürfen.“ Dagegen sei es aber „hochgefährlich und grober Unfug“, die israelische Politik mit Verallgemeinerungen und Vorurteilen gegenüber Juden zu vermischen und bewerten zu wollen. Um am Frieden in dieser Region weiter zu arbeiten, müsse es bei einem offensiven Plädoyer für eine Zwei-Staaten-Lösung bleiben.

Bundespräsident ruft zu Engagement für Obdachlose auf

„Zentrum am Zoo“ zur gesellschaftlichen Teilhabe für Wohnungslose

Bereits mehrfach hat sich Frank-Walter Steinmeier für Obdachlose starkgemacht. Nun ruft der Bundespräsident zu weiterem Engagement auf. Am Berliner Bahnhof Zoo sollen Begegnungsmöglichkeiten für Hilfsbedürftige, Touristen und Berliner entstehen.

Berlin (epd). Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat mehr Engagement gegen eine wachsende Entsolidarisierung der Gesellschaft angemahnt. Die neue Bundesregierung müsse dafür sorgen, „dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinander geht“, sagte Steinmeier am Montag nach einem Besuch

Gesellschaft

Soziales

mit seiner Frau Elke Büdenbender bei der Berliner Stadtmission am Bahnhof Zoo. Zugleich würdigte der Bundespräsident die ehrenamtliche Arbeit für Obdachlose und warb für mehr Engagement durch die Zivilgesellschaft.

Steinmeier betonte, die Berliner Stadtmission versorge am Bahnhof Zoo täglich zwischen 500 und 700 Obdachlose mit Kleidung, Lebensmitteln und einem Hygienezentrum. Das Versorgungszentrum auf insgesamt 400 Quadratmetern gilt als zentraler Anlaufpunkt für Bedürftige. Schätzungen zufolge leben in der Bundeshauptstadt zwischen 5.000 und 6.000 Menschen sichtbar obdachlos auf der Straße. Hinzu kommen rund 30.000 bis 40.000 Wohnungslose in der Stadt. Die Betroffenen kommen den Angaben zufolge aus mehr als 80 Nationen.

Der Bundespräsident bezeichnete das Angebot der Berliner Stadtmission am Bahnhof Zoo als „Brennglas“ für Hilfsangebote, um Obdachlosen „einen Lebensweg aufzuzeigen“, damit diese „wieder Boden unter die Füße zu bekommen“. Steinmeier hat Deutschlands älteste Bahnhofsmission in Berlin bereits zuvor mehrfach besucht und sich auch in seiner Promotion mit dem Thema Obdachlosigkeit befasst.

Künftig sollen die Angebote für Obdachlose am Bahnhof Zoo deutlich ausgebaut werden. Dazu stellt die Deutsche Bahn AG der Berliner Bahnhofsmission eine Fläche von weiteren 500 Quadratmetern für 25 Jahre kostenfrei zur Verfügung. In den Räumen sollen in den kommenden Monaten neue soziale und psychiatrische Beratungsangebote geschaffen werden. Das neue Zentrum soll Anfang 2019 eröffnet werden.

Zentrumsleiter Wolfgang Nebel sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd), unter anderem sollen dort Ärzte der Berliner Bodenschwingh-Klinik Obdachlose untersuchen können. Nebel zufolge leiden etwa 70 Prozent der Obdachlosen an psychischen Erkrankungen. Die Betroffenen würden jedoch meist nicht zum Arzt gehen, deshalb sollen die Mediziner am Bahnhof Zoo künftig zu ihnen kommen.

Für mehr gesellschaftliche Teilhabe sind Nebel zufolge unter anderem neue Begegnungsräume geplant, in denen Konzerte, Ausstellungen und andere Kulturveranstaltungen für Obdachlose und andere interessierte Berliner angeboten werden sollen. Geplant sei zudem eine Dauerausstellung zum Thema „Was ist Obdachlosigkeit?“, die sich auch an Touristen wende.

Die Umbaukosten für das „Zentrum am Zoo“ werden auf rund 1,8 Millionen Euro veranschlagt. Steinmeier hatte vor rund einem Jahr eine persönliche Spende von rund 50.000 Euro für das Projekt überreicht. Auch der Berliner Senat will sich den Angaben zufolge unter anderem mit Lotto- und Haushaltsmitteln am „Zentrum am Zoo“ beteiligen. Hinzu kommen weitere Spendengelder. Nach Angaben der evangelischen Berliner Stadtmission fehlen aktuell noch 325.000 Euro, um den Umbau am Bahnhof Zoo vollständig zu finanzieren.

Soziales

Kirchen und Gewerkschaften gegen Aufweichen des Sonntagsschutzes

Früherer Verfassungsrichter Papier: Egoistische Interessen kein Argument

München/Düsseldorf (epd). Kurz vor Weihnachten haben sich Kirchen und Gewerkschaften für einen umfassenden Sonntagsschutz eingesetzt. Für eine enge Auslegung des Sonntagsschutzes plädierte auch der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier. „Sonntagsschutz ist Freiheitschutz“, sagte der Jurist am Montag in München. Evangelische und katholische Kirche in Nordrhein-Westfalen lehnten bei einer Anhörung im Düsseldorfer Landtag eine geplante Ausweitung der Ladenöffnungszeiten ab.

Für eine Lockerung oder Aufhebung des in Artikel 140 des Grundgesetzes verankerten Sonntagsschutzes reichten wirtschaftliche Gruppeninteressen ebenso wenig aus wie „der Drang zur unbeschränkten Bedürfnisbefriedigung, egoistischen Selbstverwirklichung und schrankenlosen Beliebigkeit interessierter Kunden“, sagte Papier bei einer Veranstaltung der „Allianz für den Sonntag“. In dem Bündnis sind die Gewerkschaft ver.di, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sowie der evangelische Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (kda) und die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) vertreten.

Besondere Bedeutung habe der Sonntagsschutz für die Garantie der Menschenwürde: „Er zieht dem ökonomischen Nutzdenken eine Grenze und dient dem Menschen um seiner selbst willen“, zitierte Papier aus einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. Falls der Sonntagsschutz im Einzelhandel, dann falle er früher oder später auch in anderen Branchen.

Die Münchner Allianz hat seit Juli mehr als 62.000 Unterschriften für ihre Petition „Der Sonntag muss frei bleiben!“ gesammelt. Die Petition samt Unterschriften wolle man nun „als Weihnachtsgeschenk“ an die Konzernzentralen von Galeria Kaufhof und Karstadt schicken, sagte Philip Büttner vom kda. Anlass für die Petition war eine Kampagne der Warenhausketten Karstadt und Kaufhof, die eine Aufhebung des Sonntagsschutzes im Einzelhandel fordern.

Bei der Anhörung im NRW-Landtagsausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung sagte der evangelische Beauftragte bei Landtag und Landesregierung, Thomas Weckelmann, am Montag: „Wir lehnen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten an Sonnabenden und Sonntagen ab.“

Die gemeinsame Gestaltung der Sonn- und Feiertage im Kreise der Familie und mit Freunden sei nur möglich, wenn ein zeitlicher Gleichklang gewährleistet sei, erklärten evangelische und katholische Kirche in NRW gemeinsam. Auch der DGB in Nordrhein-Westfalen kritisierte die geplante Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Er befürchtet eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Einzelhandel.

Der Sonntag trage dazu bei, dass Menschen Zeit für Gott, für sich selbst und für andere hätten, erklärte die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Annette Kurschus. Das sei „geschenkte Zeit, die nicht unter dem Druck des Ökonomischen steht“. Der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, Manfred Rekowski, kritisierte weitere verkaufsoffene Sonntage als „Raubbau an dem, was menschenfreundlich ist, an dem, was zu unserer Kultur gehört, und an dem, was unsagbar wertvoll für das Miteinander ist: gemeinsame Zeit.“

Die Stellungnahme gegen eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wurde von westfälischer, rheinischer und lippischer Landeskirche sowie von fünf Bistümern in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Nach den Plänen von CDU und FDP soll die Zahl der verkaufsoffenen Sonntage von derzeit vier auf acht verdoppelt werden. Außerdem sollen Geschäfte an Samstagen bis 24 Uhr öffnen dürfen. Das Vorhaben ist Teil des schwarz-gelben „Entfesselungspakets“ zur wirtschaftlichen Liberalisierung.

Berliner Bischof Dröge kritisiert Abbaupläne von Großkonzernen

„Gewinnmaximierung nicht als das einzige Kriterium des Handelns sehen“

Berlin/Görlitz (epd). Der Berliner Bischof Markus Dröge hat erneut an die Konzerne Siemens, General Electric und Bombardier appelliert, bei ihren Sparplänen Verantwortung für ihre Standorte zu übernehmen. „Ich meine, dass sich so große Konzerne im Strukturwandel nicht nur den Aktionären verpflichtet fühlen dürfen, sondern auch einer Region“, sagte der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz der „Welt am Sonntag“.

Die Konzerne hatten angekündigt, Arbeitsplätze in Berlin und Görlitz abzubauen oder ganze Standorte aufzugeben. Bischof Dröge mahnte, die Unternehmen müssten im eigenen Interesse soziale Verantwortung übernehmen. Es gehe nicht, „dass man zunächst unternehmerisch erfolgreich ist und sich dann erst um das Soziale kümmert, sondern schon im unternehmerischen Handeln muss immer das Soziale mitgedacht werden“, sagte der protestantische Theologe.

In der Görlitzer Peterskirche sagte Dröge am Sonntag, „wir appellieren an die Firmen, ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen und die Gewinnmaximierung nicht als das einzige Kriterium des Handelns zu sehen“. Je größer ein Unternehmen sei, desto mehr Verantwortung trage es für das Leben einer Region.

Zur Debatte um die Höhe von Managergehältern sagte Dröge der Zeitung: „In unserer Wirtschaft scheint das aus dem Ruder gelaufen zu sein. Ich glaube, es kann niemand erklären, wieso die Bundeskanzlerin einen Bruchteil dessen verdient, was manche Manager verdienen.“ Natürlich solle derjenige, der mehr Verantwortung trägt, auch mehr verdienen als andere. Es habe sich aber „die Logik des finanziellen Denkens von den realen Gegebenheiten“ abgetrennt.

Studie: Zahl der Beschäftigten mit Nebenjob seit 2003 verdoppelt

Institut: Viele nutzen steuerliche Begünstigung von Minijobs

Düsseldorf (epd). Die Zahl der Beschäftigten mit einem Nebenverdienst hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt. Heute verdienen sich rund 3,2 Millionen Menschen in Deutschland mit einem Nebenjob ein Zubrot, wie das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) am Montag mitteilte. Über die IW-Studie hatte zuerst die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post“ (Montag) berichtet.

Demnach sind 57 Prozent der Nebenjobber Frauen. Ebenfalls 57 Prozent der Nebenjobber sind zwischen 35 und 54 Jahre alt. Deutliche Unterschiede gibt es zwischen Ost und West: Während in Westdeutschland 9,2 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine Nebentätigkeit ausüben, sind es in den ostdeutschen Bundesländern lediglich 4,1 Prozent.

Das Motiv für einen Zweitjob scheint laut IW „auf den ersten Blick klar zu sein“: Beschäftigte mit mehreren Jobs verdienen in ihrem Hauptjob durchschnittlich 570 Euro weniger als Erwerbstätige ohne Nebenjob. 43 Prozent der Nebenjobber arbeiten Teilzeit, 57 Prozent arbeiten im Hauptjob Vollzeit. Ob jemand mehreren Jobs nachgeht, hängt allerdings nach der Auffassung des arbeitgebernahen Instituts „stärker von für ihn passenden Stellenangeboten ab als davon, wie dringend er auf einen Nebenverdienst angewiesen ist“.

Viele nutzten die steuerliche Begünstigung von Minijobs: Einem Durchschnittsverdiener, der im Hauptjob 3.500 brutto verdient, blieben von einer Lohnerhöhung um 450 Euro nach Abzügen nur 220 Euro übrig, während ein Minijob fast die vollen 450 Euro einbringe. Auch der boomende Arbeitsmarkt bietet laut Studie viele zusätzliche Arbeitsgelegenheiten etwa im Gastgewerbe, im Gesundheitswesen und im Handel.

DRK spricht sich für Arbeitsfreistellung Ehrenamtlicher aus

Düsseldorf (epd). Die neue Präsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Gerda Hasselfeldt, hat sich für eine Arbeitsfreistellung ehrenamtlicher DRK-Helfer nach dem Beispiel der Regelungen für das Technische Hilfswerk und die Feuerwehr ausgesprochen. „Bei Großeinsätzen müssen die Hilfsorganisationen eng zusammenarbeiten, da sollten sie auch dieselben Bedingungen haben“, sagte Hasselfeldt der in Düsseldorf erscheinenden „Rheinischen Post“ (Samstag). In Zeiten von Terror und Klimawandel könne es verstärkt zu schwierigen Situationen kommen, in denen der Staat auf ehrenamtliche Helfer angewiesen sei.

Hasselfeldt rief die nächste Bundesregierung auch dazu auf, beim Freiwilligendienst nachzubessern. „Es darf nicht dabei bleiben, dass der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug im Jahr 2018 ausläuft - da haben wir nach wie vor Bedarf“, sagte die frühere Bundesministerin und ehemalige CSU-Bundestagsabgeordnete. Die 67-jährige Hasselfeldt war Anfang Dezember von der DRK-Bundesversammlung einstimmig zur Nachfolgerin des bisherigen DRK-Präsidenten Rudolf Seiters gewählt worden, der nach 14 Jahren aus dem Amt schied.

Soziales

Jährliche Arbeitsstunden von Teilzeitbeschäftigten stark gestiegen

Düsseldorf (epd). Die von Teilzeitbeschäftigten pro Jahr geleisteten Arbeitsstunden sind nach Angaben der Bundesregierung seit dem Jahr 2000 um fast 70 Prozent gestiegen. Der Anteil der Teilzeitarbeit am gesamten Arbeitsangebot erhöhte sich zwischen 2000 und 2016 von 13,4 auf 21,7 Prozent, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, über die die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post“ (Samstag) berichtet.

Auch die durchschnittliche Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten stieg im gleichen Zeitraum um 18,3 Prozent, während Vollzeitbeschäftigte ihre Arbeitszeit um 1,3 Prozent reduzierten. Frauen haben den Daten der Regierung zufolge im vergangenen Jahr deutlich häufiger in Teilzeit gearbeitet als Männer. Dem Regierungspapier zufolge hatten 39,1 Prozent der weiblichen Beschäftigten 2016 einen Teilzeitjob, aber lediglich 9,2 Prozent der Männer.

Linken-Politikerin Jutta Krellmann kritisierte, das Angebot an Erwerbsarbeit verteile sich immer ungleicher. „Während die einen bis zum Umfallen schufteten, müssen sich die anderen, unverhältnismäßig oft Frauen, mit Teilzeitstellen und Minijobs begnügen“, sagte sie der Zeitung.

Um 156 Prozent drastisch gestiegen sind dem Papier zufolge seit 2007 die Hartz-IV-Aufstockerleistungen für die 377.000 Haushalte mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten. Das Arbeitsvolumen insgesamt erhöhte sich in den 16 Jahren bis 2016 nur mäßig um 2,9 Prozent. Die Zahl der Nebenjobs, die lediglich 1,3 Prozent des gesamten Arbeitsangebots ausmachen, stieg jedoch kräftig um 63 Prozent gegenüber 2000.

Tafelverband: „Viele gute Taten können noch getan werden“

epd-Gespräch: Dirk Baas

Berlin (epd). Der Bundesverband Deutsche Tafel bittet die Bürger, laufende Hilfsaktionen zu Weihnachten großzügig mit Gaben zu unterstützen. „Vor allem

Spielzeugspenden sind uns sehr willkommen“, sagte der Verbandsvorsitzende Jochen Brühl dem Evangelischen Pressedienst (epd): „Viele gute Taten können noch getan werden.“ Wenn zahlreiche Bürger mitmachten, „dann muss an Weihnachten kein Kind leer ausgehen“.

Brühl erinnerte daran, dass sich viele Familien mit Kindern kein rauschendes Weihnachtsfest mit vielen Geschenken leisten könnten: „In Deutschland sind drei Millionen Kinder und Jugendliche von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Etwa 350.000 Kinder und Jugendliche nutzen Angebote der Tafeln.“ Das sei in einem reichen Land wie Deutschland ein Skandal.

Brühl riet Alleinstehenden und alten Menschen, die sich an Weihnachten nach Geselligkeit sehnten, sich an die lokalen Tafeln zu wenden. Die funktionierten oft wie Kontaktbörsen. „So begegnen sich immer wieder Menschen, die sich so sympathisch sind, dass sie beschließen, gemeinsam Weihnachten zu feiern.“

Die Adventszeit sei bei den Tafeln etwas ganz Besonderes. „Natürlich sind die Wochen vor Weihnachten zum Teil recht stressig“, erklärte Brühl. Aber es sei auch eine Zeit im Jahr, in der ganz viel Begegnung stattfinde: „Die schönen Erlebnisse bei Weihnachtsfeiern mit Kindern etwa wirken bei den Helfern lange nach. Sie erleben ganz verdichtet, wie ihre Hilfe ankommt, und solche Erfahrungen beflügeln regelrecht.“

Vorsorgungsengpässe mit Lebensmitteln werde es nach den Feiertagen nicht geben. „In der Adventszeit sind die Lager gut gefüllt. Da Heiligabend auf einen Sonntag fällt, verkürzt sich die Feiertagsspanne zusätzlich.“ Um leere Regalen zwischen den Jahren müsse sich niemand Sorgen: „Lange Pausenzeiten gibt es bei den Tafeln nicht. Nach Weihnachten geht es weiter.“

Brühl dankte den 60.000 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Tafeln. „Ohne diese helfenden Hände würde das Prinzip Tafel nicht funktionieren“, unterstrich der Verbandsvorsitzende.

Bundespräsident würdigt Heinrich Böll

Berlin (epd). Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat den am 21. Dezember vor 100 Jahren in Köln geborenen Schriftsteller Heinrich Böll (1917-1985) gewürdigt. Der Literaturnobelpreisträger habe wesentlich dazu beigetragen, „dass man im Ausland wieder angefangen hat, Deutschland zu vertrauen, und im Inland darauf langsam wieder stolz werden konnte“, erklärte Steinmeier am Sonntagabend laut einem vorab verbreiteten Redemanuskript im Berliner Schloss Bellevue.

Der Deutsche Kulturrat hatte Böll am Wochenende als einen der bedeutendsten deutschsprachigen Nachkriegsautoren des 20. Jahrhunderts gewürdigt. Die

Soziales

Kultur

Kultur

Bedeutung Bölls erschöpfe sich nicht in seinem literarischen Werk, erklärte Geschäftsführer Olaf Zimmermann in Berlin. Er sei „zugleich ein eminent politischer Mensch“ gewesen, ein wichtiger „Streiter für Frieden und Versöhnung“.

Böll gehöre auch zu den Wegbereitern einer sozialen Absicherung freiberuflicher Künstler und Publizisten. Die seit mehr als 35 Jahren existierende Künstlersozialkasse gehe auch auf das Engagement von Autoren wie Heinrich Böll zurück, „die sich mutig und streitbar für bessere Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung der Schriftstellerkollegen einsetzten“, erinnerte Zimmermann.

Böll wuchs in Köln auf. Im Zweiten Weltkrieg war er einfacher Soldat und kehrte 1945 aus US-Gefangenschaft nach Köln zurück, wo er ab 1947 erste Texte veröffentlichte. Sein Aufstieg begann, als er 1951 den Preis der „Gruppe 47“ erhielt. Bis zu seinem Tod wurde er vielfach ausgezeichnet, neben dem Nobelpreis (1972) unter anderem mit dem Georg-Büchner-Preis (1967), der Carl-von-Ossietsky-Medaille (1974) und der Ehrenbürgerschaft der Stadt Köln (1982). Das Bundesverdienstkreuz lehnte er 1979 ab.

Schon zu Lebzeiten war Böll mit seinen Erzählungen ein Klassiker der Gegenwartsliteratur. Werke wie „Ansichten eines Clowns“ (1963) und „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ (1974) wurden Schullektüre. Neben Kurzgeschichten, Satiren und Romanen schrieb Böll Hörspiele und Drehbücher, Theaterstücke und Gedichte. Am 16. Juli 1985 starb der Autor im Alter von 67 Jahren in seinem Haus im Voreifel-Ort Langenbroich.

Deutscher Kulturrat würdigt Heinrich Böll

Berlin (epd). Der Deutsche Kulturrat hat den am 21. Dezember vor 100 Jahren in Köln geborenen Schriftsteller Heinrich Böll als einen der bedeutendsten deutschsprachigen Nachkriegsautoren des 20. Jahrhunderts gewürdigt. Die Bedeutung Bölls erschöpfe sich nicht in seinem literarischen Werk, erklärte Geschäftsführer Olaf Zimmermann am Samstag in Berlin. Er sei „zugleich ein eminent politischer Mensch“ gewesen, ein wichtiger „Streiter für Frieden und Versöhnung“. Böll starb am 16. Juli 1985 in der Eifel.

„Heinrich Bölls Engagement für den Frieden war getragen von seinen eigenen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und der unmittelbaren Nachkriegszeit“, fügte Zimmermann hinzu: „Glaubwürdig und integer war sein Engagement. Sein Mahnen für den Frieden ist ebenfalls heute noch so aktuell wie zu Beginn der 1980er Jahre.“

Zudem habe Böll sich für verfolgte Autoren eingesetzt und ihnen sein Haus geöffnet, „auch wenn er, wie das Beispiel Alexander Solschenizyn zeigt, keineswegs mit ihnen politisch in allem übereinstimmte“, so Zimmermann: „Böll bezog noch zu weiteren

politischen Themen Stellung. Dabei war er stets auf der Seite der Schwachen und derjenigen, die sich für andere und die Gesellschaft einsetzten.“

Böll gehöre auch zu den Wegbereitern einer sozialen Absicherung freiberuflicher Künstler und Publizisten. Die seit mehr als 35 Jahren existierende Künstlersozialkasse gehe auch auf das Engagement von Autoren wie Heinrich Böll zurück, „die sich mutig und streitbar für bessere Arbeitsbedingungen und die soziale Absicherung der Schriftstellerkollegen einsetzten“, erinnerte Zimmermann.

Deutsche Unesco-Kommission: Maria Böhmer als Präsidentin nominiert

Bonn (epd). Der Vorstand der deutschen Unesco-Kommission hat die Staatsministerin Maria Böhmer (CDU) für das Amt der Kommissionspräsidentin nominiert. Die Wahl findet turnusgemäß auf der Hauptversammlung der Kommission am 8. Juni 2018 in Bamberg statt, wie die Organisation am Samstagabend in Bonn mitteilte. Die zweite zweijährige Amtszeit von Kommissionspräsidentin Verena Metze-Mangold läuft im kommenden Jahr aus.

Böhmer ist Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Sonderbeauftragte für Unesco-Welterbe, Kulturkonventionen und Bildungs- und Wissenschaftsprogramme. Die 67-Jährige war von 2005 bis 2015 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Von 1990 bis 2017 war sie Bundestagsabgeordnete. Seit 2001 ist sie Professorin für Pädagogik in Heidelberg.

Die weltweit 199 Unesco-Nationalkommissionen wirken als Schnittstellen zwischen der UN-Sonderorganisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den Regierungen und Zivilgesellschaften ihrer Mitgliedstaaten. Die deutsche Unesco-Kommission wurde am 12. Mai 1950 gegründet. Zu ihren bis zu 114 Mitgliedern gehören Vertreter wissenschaftlicher Institutionen, von Verbänden und Zivilgesellschaft, Abgeordnete des Bundestages sowie Vertreter der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz.

„Kohle hat die Welt bunt gemacht“

Von Esther Soth (epd)

Im nächsten Jahr schließen die beiden letzten Steinkohlenzechen in Deutschland. Eine große Sonderausstellung im Welterbe Zollverein blickt zurück auf "Das Zeitalter der Kohle" in Europa - und auf die bleibenden Spuren des Bergbaus.

Kultur

Essen (epd). Am 31. Dezember 2018 ist „Schicht im Schacht“. Dann stellen mit „Prosper-Haniel“ in Bottrop und „Ibbenbüren“ im Tecklenburger Land die beiden letzten Steinkohlebergwerke in Deutschland die Förderung ein. Anlass für das Ruhr Museum Essen und das Deutsche Bergbau-Museum Bochum dem „Zeitalter der Kohle“ eine große Sonderausstellung zu widmen.

Auf dem Gelände des Welterbes Zollverein in Essen, der ehemals größten Steinkohlenzeche der Welt, präsentieren sie vom 27. April bis 11. November eine umfangreiche Schau zum „Schwarzen Gold“ und seiner wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bedeutung für Europa. „Die Förderung von Steinkohle mag aufhören, aber die Bewahrung des kulturellen Erbes wird bleiben“, sagte der Leiter des Montanhistorischen Dokumentationszentrums am Bergbau-Museum, Michael Farrenkopf, bei der Präsentation am Freitag.

Die Ausstellung solle zeigen, wie sehr die Kohle das Leben der Menschen verändert habe, sagte der Freiburger Historiker Franz-Josef Brüggemeier. Ohne Kohle hätte es keine Eisenbahn gegeben, aber auch keine chemische Industrie und damit keine synthetischen Farben: „Kohle hat die Welt bunt gemacht.“ Auch für die europäische Einigung habe die Kohle eine wichtige Rolle gespielt, so Brüggemeier. Die 1951 gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die „Montanunion“, sei die Grundlage für die spätere Europäische Gemeinschaft gewesen.

Die Kohleförderung in den vergangenen 200 Jahren hat vor allem die Abbaugebiete, allen voran das Ruhrgebiet als größtes Bergbaurevier Europas, verändert. „Die Identität der Region ist durch Kohle und Stahl geprägt“, sagte der Direktor des Ruhr Museums, Heinrich Theodor Grütter. Auch das soll die Schau zeigen. Die Industrialisierung ab 1850 ließ die Einwohnerzahlen der vormals kleinen Städtchen und Dörfer in die Höhe schnellen. Zu den Hochzeiten der Steinkohle beschäftigten alleine die Zechen im Ruhrgebiet mehr als eine halbe Million Bergleute.

Die Ausstellung auf den drei Ebenen des einstigen Kohlenbunkers beleuchtet den Zeitraum von 1750 bis heute. Besucher können zunächst die Funktionsweise des Bergbaus kennenlernen, technische Abläufe und die Arbeitsbedingungen der „Kumpel“, die mehrere hundert Meter unter der Erde bei großer Hitze schufteten mussten. Dann geht es um die vielschichtigen Aspekte des Rohstoffs Kohle: Lieferant für Wärme, Licht und Energie, Ausgangsstoff der chemischen Industrie, Motor der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Themen sind auch der Alltag der Bergleute in den Zechensiedlungen mit Knappenvereinen und Taubenzüchtern sowie Konflikte, Arbeitskämpfe und schließlich die Montanmitbestimmung.

Zuletzt widmet sich die Ausstellung dem Erbe des Steinkohlenbergbaus und den Hinterlassenschaften der Kohlenutzung. Dazu zählen Landschaftszerstörung, Bergsenkungen und Kohlendioxidausstoß, der auch nach dem Ende der Steinkohlezechen aktuelles Thema bleibt: Kohlekraftwerke laufen weiter - mit Importkohle.

Auch die Folgen des Strukturwandels und die Entstehung der Industriekultur werden thematisiert.

Insgesamt sind rund 1.200 Exponate aus den beiden Museen sowie von internationalen Leihgebern zu sehen. Neben einer Dampfmaschine aus den 1780er Jahren gehört dazu etwa ein acht Tonnen schweres Stück Kohle oder ein Wiederbeatmungsgerät für Vögel, die unter Tage als Anzeiger für schädliche Gase eingesetzt wurden.

Die Kosten der Schau belaufen sich nach Angaben der Ausstellungsmacher auf rund 2,5 Millionen Euro. Mit 1,5 Millionen Euro unterstützt die RAG Stiftung das Projekt im Rahmen ihrer Initiative „Glückauf Zukunft“ zum Ende des Steinkohlenbergbaus. Eine halbe Million Euro kommt aus den Etats der beiden beteiligten Museen, der Rest soll durch Eintrittsgelder eingespielt werden.

Frohe Weihnachten und „Christmas First“

Buchautor erzählt Weihnachtsgeschichte in Trump-Version

Christine Süß-Demuth (epd)

Stuttgart/München (epd). Wenn die schwangere Maria bemerkenswert gut aussieht, Josef ein Patchworkpapa ist und Jesus als loyale Führungsperson die Erlösung reformiert, verwundert es kaum, dass Herodes „alternative Fakten“ zum Geburtsort Jesu präsentiert werden. Mit seinem Buch „Make Weihnachten Great Again“ erzählt der Stuttgarter Autor Hartmut Ronge die Weihnachtsgeschichte im Sprach-Stil von US-Präsident Donald Trump.

Durch seinen „Blessedseller“, der jetzt im Münchner Riva Verlag erschienen ist, will Ronge die „gute alte Weihnachtsgeschichte“ topaktuell, in einfachen Worten wieder mehr und bewusster ins Gedächtnis rufen, sagte er dem Evangelischen Pressedienst (epd). Der Autor, der in Marketing und Kommunikation tätig ist, hofft, dass dadurch viele Menschen ganz neu von Jesu Geburt erfahren.

In einer Mischung aus Deutsch und Englisch bindet Ronge Original-Zitate des US-Präsidenten in die reich bebilderte Erzählung der Weihnachtsgeschichte ein. Die Worte von Trump, der weder bei seinen Reden noch bei seinen Twitternachrichten mit Superlativen geizt, soll den Lesern ein Schmunzeln auf die Lippen zaubern. Schließlich wären die Hirten von Jesu Geburt ähnlich überrascht gewesen, wie die Menschen im letzten November, als Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt wurde, meint Ronge.

Wenn in den USA darüber diskutiert wird, ob Geschäfte ihren Kunden „Frohe Weihnachten“ („Merry Christmas“) - wie es Trump fordert - oder „Frohe Festtage“ („Happy Holidays“) wünschen sollen, verbindet dies der Autor geschickt mit Trumps Auffassung, dass Amerika immer an erster Stelle („America First“) steht.

Kultur

Ronge kombiniert beide Forderungen, indem er Weihnachten an erste Stelle setzt: „Christmas First! Read it. Believe it. It's true“ (Weihnachten zuerst. Lies es. Glaube es. Es ist wahr.) Trotz des deutsch-englischen Textes, ist das Buch leicht zu verstehen.

Zwar ist der Text an manchen Stellen etwas provokant. Doch der evangelische Autor will damit keinesfalls die Weihnachtsgeschichte „veräppeln“. Die Idee zu dem Buch hatte Ronge Anfang des Jahres, als im Internet zahlreiche und millionenfach geklickte Videos im Trump-Stil kursierten, wie er erzählt. Sie nehmen Trump und seine simple Sprache auf die Schippe.

Auch einen weiteren Seitenhieb in Richtung US-Präsident kann sich der Autor nicht verkneifen. Der Band enthält den deutlichen Hinweis, dass Jesu Herrschaft - im Gegensatz zu Trumps Regierungszeit - niemals endet: „Thank God“ (Gott sei Dank), heißt es.

Ein lebensdurstiger Mann

Zum 150. Geburtstag des Theaterkritikers und Hitler-Gegners Alfred Kerr

Von Claudia Schülke (epd)

Alfred Kerr hat die Theaterkritik zur literarischen Gattung erklärt und wurde damit zum größten Kritiker seiner Zeit. 1933 musste er vor den Nazis fliehen.

Frankfurt a.M. (epd). Als Carl Zuckmayers Lustspiel „Der fröhliche Weinberg“ 1925 in Berlin uraufgeführt wurde, saß auch Alfred Kerr (1867-1948) im Theater am Schiffbauerdamm. In seiner Nähe hatte die Mutter des Autors ihren Platz. „Kerr hat zweimal gelächelt“, beruhigte sie ihren Sohn in der Pause hinter der Bühne. Alfred Kerr war der Großkritiker der Weimarer Republik, auf dem alle Augen ruhten. Tatsächlich lobte er am nächsten Morgen das Stück. Zuckmayer gelang damit der Durchbruch als Schriftsteller.

Noch heute gilt Kerr, der vor 150 Jahren am 25. Dezember 1867 in Breslau geboren wurde, vielen Theaterkritikern als Vorbild. Er fühlte sich besessen von „dem Drang, Stellung zu nehmen“, wie er es einmal selbst formulierte. Der Kritiker war für ihn ein „Wahrheitssager“, der auf Wesentlichkeit aus ist. Sein Selbstbewusstsein gipfelte in dem Satz: „Dichter haben keine Sprachkraft. Sprachkraft ist in der Kritik.“

Nahezu 70 Jahre nach seinem Tod ist im vergangenen Jahr die erste Biografie erschienen, die auch den Mann jenseits des Zuschauerraums zeigt. „Ich habe diese Biografie aus Liebe geschrieben“, erklärt Kerr-Forscherin Deborah Vietor-Engländer. Sie hat dank ihrer Freundschaft mit Kerrs Tochter Judith („Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“) einen anderen Menschen als den bissigen gnadenlosen Kritiker kennengelernt: „Der Mann konnte lieben: seine Familie, seine Freunde.“

Kultur

Die Grundlage dafür lag wohl in seiner glücklichen Kindheit. Geboren als Sohn des wohlhabenden jüdischen Weinhändlers Emanuel Kempner wuchs Kerr gegenüber des Breslauer Stadttheaters auf. Sein Deutschlehrer Zimpel machte den „stärksten“ Eindruck auf ihn, der Dramatiker Gerhart Hauptmann später den „tiefsten“. Als Schüler liebte er Mozarts Musik und Schillers Dramen. Schon im Gymnasium wollte er Schriftsteller werden und seinen Namen ändern, um nicht mit der vielfach parodierten Dichterin Friederike Kempner in Verbindung gebracht zu werden.

Er studierte Geschichte, Philosophie und Germanistik und kam 1887 nach Berlin - gerade rechtzeitig, um die ersten Uraufführungen von Hauptmann mitzuerleben. Seitdem nutzte er auch den Namen Kerr als Pseudonym, bis sein Name 1909 offiziell geändert wurde.

Schon als Student hatte er die ersten Theaterkritiken verfasst. Von 1900 bis 1919 schrieb Kerr für die Zeitung „Der Tag“, bis 1933 für das „Berliner Tageblatt“. Rund 40 Jahre lang begleitete und prägte Kerr das Berliner Theaterleben. Mit Brechts epischem Theater konnte er nichts anfangen. Dafür förderte er Henrik Ibsen, Erwin Piscator und Hauptmann, der sich mit seiner Unterstützung als naturalistischer Autor durchsetzte.

Umso schwerer wiegt der Fluch, mit dem Kerr seinen einstigen Schützling aus dem Exil heraus bedachte: „Sein Andenken soll verschart sein unter Disteln.“ Hauptmann hatte sich bei den Nazis angebedert, Kerr hatte sich mit ihnen publizistisch angelegt, in seinen Glossen im Berliner Rundfunk rief er zur Bekämpfung der NSDAP auf. Goebbels setzte ihn auf eine Schwarze Liste. „Hitler: Das ist der Mob, der Nietzsche gelesen hat“, formulierte Kerr.

Im Februar 1933 floh er nach Prag und dann über die Schweiz nach Paris. Seine Frau und seine beiden Kinder kamen in die Schweiz nach. Obwohl er weiterhin für Exilzeitungen schrieb, war seine Karriere beendet. Die Familie verarmte.

„Irgendwann hatte mein Vater die Idee, ein Filmdrehbuch über Napoleons Mutter zu schreiben, aber in Frankreich interessierte sich niemand dafür“, erinnerte sich seine Tochter Judith, Autorin und Illustratorin. In England schaffte es Alfred Kerr, sein Drehbuch zu verkaufen. Zwar wurde der Film nie gedreht, aber er konnte die Kinder nachholen. „Meine Eltern hatten große Hoffnungen, aber für meinen Vater war es schwer, da er kein Englisch konnte“, sagte Judith Kerr. Die Familie lebte zunächst in einem schäbigen Hotel in London.

Kerr wurde 1941 Präsident des deutschen P.E.N.-Clubs im Exil und 1947 britischer Staatsbürger. Als er 1948 auf einer Vortragsreise nach Deutschland zurückkehrte, erlitt er nach einer Theateraufführung in Hamburg einen Schlaganfall. Mit einer Überdosis Schlaftabletten beging er Suizid. Begraben wurde er in Ohlsdorf.

Kultur

„Ich weiß, was mein Werk bedeutet: eine große Bejahung der Erde“, so zitiert der Theaterhistoriker, einstige Kritiker und Intendant Günther Rühle den Kollegen, dessen Werke und Briefe er herausgegeben hat. Eine Literatur- und Kunstzeitschrift, die er seit 1911 herausgab, hatte Kerr „Pan“ genannt. „Daseinssteigerung, das war wohl sein innerster Wunsch“, resümiert Rühle.

Das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ stiftet seit 1977 den Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik. Und die Alfred-Kerr-Stiftung, gegründet von seinen Kindern, vergibt alljährlich in Berlin einen Preis für Nachwuchsschauspieler.

Von der stillenden Gottesmutter bis zum Krippenei

Ein Krippenweg und ein Krippenmuseum zeigen ungewöhnliche Weihnachtskrippen

Von Christian Prüfer (epd)

Alle zwei Jahre belebt sich der Ort Großnlüder. Dann nämlich steht der Krippenweg an. Im Krippenmuseum des Orts gibt es viele ungewöhnliche Motive zu bestaunen.

Großnlüder (epd). „Von der Baummarktkrippe bis zur Holzbildhauerkrippe haben wir alles“, sagt Thomas Mohr, Vorsitzender des Kultur-, Heimat- und Geschichtsvereins Großnlüder. Großnlüder ist ein rund 3.500 Seelen großer Ort in der Nähe von Fulda. Vom Bahnhof bis ins Ortszentrum ist es gut eine Viertelstunde zu Fuß. Kurz bevor es nach links zum Marktplatz geht, fällt ein altes Haus ins Auge. Hier, im ehemaligen Finanzamt, betreut Thomas Mohr eine Ausstellung von rund 150 Weihnachtskrippen aus 50 Ländern.

Alle zwei Jahre allerdings belebt sich der Ort mit Besuchern. Ein besonderes Ereignis steht an: der Krippenweg. Auf einem beleuchteten Rundweg durch den Ort sind in Schaufenstern von Geschäften, in Fenstern von Privatleuten oder in Gärten Krippen aus aller Welt zu sehen. Insbesondere in den Abendstunden sei das eine große Attraktion, sagt Mohr: „So 10.000 bis 11.000 Besucher kommen da schon zusammen.“ Die ausgestellten Krippen stammen zum Teil aus dem Museum, zum Teil von Einwohnern oder sind Leihgaben.

Die Besucher kämen zum Teil in Bussen von weither, erzählt Mohr. Wem es nach dem Rundgang fröstelt, kann sich an mehreren Sonntagen vor und nach Weihnachten vor dem Museum an einem Glühweinstand wärmen. Zum Zweijahresrhythmus habe sich der Verein entschlossen, weil das alles doch sehr viel Arbeit mache, sagt Mohr.

Das nur sporadisch geöffnete Museum selbst ist sehenswert. „Wir sind dabei, die Sammlung ständig zu erweitern“, sagt Mohr. Auch Leihgaben werden gern genommen. Eine besonders schöne, selbst gefertigte Tonkrippe habe er etwa von einer Kinderkrankenschwester aus Schlüchtern erhalten. Die habe früher die

dortige Kirche geziert, bis der Pfarrer sie durch eine gekaufte Krippe ersetzt habe, erzählt Mohr. Nun ist das Kunstwerk als Leihgabe im Museum gelandet.

Zu verdanken hat das Museum die Sammlung einem in Großenlüder geborenen, privaten Sammler. Walter Odenwald, ein Maschinenbauingenieur, habe die Krippen von insgesamt zwölf Weltreisen mitgebracht, erzählt Mohr. Seinen Beruf habe er irgendwann an den Nagel gehängt und sich auf die Restaurierung von Bauernmöbeln im Allgäu spezialisiert. Im Jahr 2000 sei die Sammlung nach dem Tode von Odenwald nach Großenlüder gekommen und das Museum ins Leben gerufen worden.

Auch die Vielzahl der Materialien und Formen der Krippen ist beachtlich. Holz, Ton, Papier, Kunststoff, Metall, Stanniol - kaum ein Stoff, aus dem sich nicht eine Szene mit Maria, Josef, dem Jesuskind und eventuell noch Ochs und Esel zaubern ließe. Ungewöhnlich etwa die Form, die die sogenannten russischen Krippeneier aufweisen. Sehenswert auch die Krippe aus Peru, die die Heilige Familie auf ein Boot verfrachtet, welches weder Ochs noch Esel, dafür aber zahlreiche Schafe beherbergt.

Mohr ist stets auf der Suche nach außergewöhnlichen und seltenen Motiven. „Eine liegende Maria gibt es nicht so häufig“, sagt er. Und eine gar das Jesuskind stillende Gottesmutter, wie in einer spanischen Krippe aus dem Jahr 2014 dargestellt, sei ebenfalls ein ungewöhnliches Motiv.

Gezeigt werden auch moderne Krippen und Wettbewerbssieger eines Krippenwettbewerbes der Schnitzschule aus Empfertshausen. In Polen, so weiß Mohr, gebe es so einen Wettbewerb in noch viel größerem Maßstab, wenn in Krakau alljährlich ein Krippenwettbewerb mit mehr als 100 Krippenbauern stattfindet. Man sei auch im Besitz einer Krippe, die aus dem Hause des aus Polen stammenden Papstes Johannes Paul II. (1920-2005) stammen soll. Ob das stimmt, will Mohr allerdings nicht garantieren.

Journalistin Tolu kommt unter Auflagen aus türkischer Haft frei Kanzlerin Merkel begrüßt Entscheidung

Mesale Tolu darf das Gefängnis zwar verlassen, doch nur unter Auflagen. Die Bundesregierung fordert weiterhin die Freilassung deutscher politischer Gefangener in der Türkei.

Berlin/Istanbul (epd). Nach mehr als sieben Monaten Haft kommt die deutsche Journalistin Mesale Tolu unter Auflagen aus türkischer Untersuchungshaft frei. Das entschied ein Gericht in Istanbul am Montag. Die Bundesregierung begrüßte die Entscheidung. Dies sei eine in bestimmter Weise gute Nachricht, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Montag in Berlin. Prozessbeobachtern

Kultur

Medien

zufolge darf Tolu die Türkei nicht verlassen und muss sich wöchentlich bei Behörden melden.

Auch Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) reagierte positiv auf die Entscheidung. „Das sind nicht nur gute Nachrichten, sondern das ist auch eine immense Erleichterung“, sagte Gabriel. „Ich glaube, wir alle in Deutschland - und auch ich persönlich - freuen uns mit Mesale Tolu über die Entscheidung des Gerichts.“ Allerdings betonte auch Gabriel: „Damit ist das Verfahren noch nicht beendet, aber ein erster, großer Schritt ist damit gemacht.“ Die Staatsanwaltschaft hatte zuvor die Entlassung Tolus aus der Untersuchungshaft beantragt. Tolu ebenfalls inhaftierter Ehemann, Suat Corlu, war Ende November freigelassen worden.

Tolu hat im Prozess gegen sie und 17 weitere Angeklagte die Vorwürfe der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation und der Verbreitung „terroristischer Propaganda“ zurückgewiesen und ihre Freilassung gefordert. Ihr drohen bei Verurteilung mehr als zehn Jahre Gefängnis. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes sagte, man werde jetzt prüfen, wie die Auflagen gegen Tolu begründet seien. Regierungssprecher Steffen Seibert bekräftigte zudem, die Bundesregierung setze sich weiter auf allen Ebenen für die komplette Freilassung der deutschen Gefangenen ein. In türkischer Haft sitzt unter anderem noch der „Welt“-Journalist Deniz Yücel.

Auch die Grünen begrüßten die Entscheidung und übten zugleich scharfe Kritik am Zustand der Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. „Mit fairen Verfahren hatten und haben die Vorwürfe gegen Mesale Tolu ebenso wie gegen Deniz Yücel und viele andere nichts zu tun“, sagte der Grünen-Bundesvorsitzende Cem Özdemir. Er forderte die türkische Regierung auf, sämtliche politische Gefangene freizulassen und die deutschen Staatsbürger wie Mesale Tolu unmittelbar ausreisen zu lassen.

Auch die Journalistenorganisation „Reporter ohne Grenzen“ forderte die türkische Justiz auf, die Anschuldigungen gegen Tolu fallen zu lassen. Sie bleibe eine politische Geisel der Türkei, solange sie das Land nicht verlassen dürfe, sagte der Geschäftsführer der Organisation, Christian Mihr. Er hofft zudem, dass die Justiz auch gegen den seit Februar inhaftierten Journalisten Yücel bald eine Anklageschrift vorlegt. Ähnlich äußerte sich die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di. Die Freilassung Tolus sei längst überfällig, aber nur ein erster Schritt, sagte die dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß.

Die 33-jährige Tolu war am 30. April bei einer Razzia in ihrer Wohnung festgenommen worden und saß seit Anfang Mai in Untersuchungshaft. Zuletzt hatte sie für die linke Nachrichtenagentur „Etkin News Agency“ (Ethna) gearbeitet. Tolu hat türkische Wurzeln, besitzt seit 2007 allerdings nur noch die deutsche Staatsangehörigkeit. Zum zweiten Prozesstag war auch der deutsche Schriftsteller Günter Wallraff nach Istanbul gereist.

Medien

Nach Angaben ihrer Anwältinnen lasten die Ankläger der Journalistin unter anderem die Teilnahme an Gedenkfeiern für Aktivisten an, die in Syrien ums Leben gekommen sind. Dabei handele es sich um Menschen, die im Kampf gegen die dschihadistische Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) ums Leben kamen. Belastet werde die Journalistin zudem von einem anonymen Zeugen. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 bringt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan kritische Medien mit Repressionen systematisch zum Schweigen.

Medien

Medienanstalt lässt vier rechtsradikale Youtube-Kanäle sperren

Norderstedt (epd). Vier Youtube-Kanäle mit rechtsradikalen Musikvideos sind auf Betreiben der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) für den deutschen Markt gesperrt worden. Die gelöschten Kanäle verstießen gegen Vorschriften des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags und des Strafgesetzbuchs, teilte die Medienanstalt am Montag in Norderstedt mit. Sie enthielten Videos mit jugendgefährdenden und strafrechtlich relevanten Musikstücken aus Alben, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert worden waren. Außerdem zeigten einige Videos Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Unter einigen Videos befanden sich zudem volksverhetzende Aussagen.

Anlass für die systematische Prüfung der Kanäle durch die Medienanstalt war eine Beschwerde zu einem Video, dessen Unzulässigkeit auf Anhieb erkennbar war. So war es unterlegt mit dem Lied „In Belsen“ der Musikgruppe „Kommando Freisler“. Dieses Musikstück wurde von der Bundesprüfstelle als jugendgefährdend und strafrechtlich relevant bewertet. Bereits im vergangenen Jahr hatte die Medienanstalt Videos mit demselben Musikstück gemeldet, auch diese hatte Youtube gesperrt.

Der Medienrat der Medienanstalt forderte Plattformbetreiber zu noch größerem Engagement gegen offensichtlich unzulässige Inhalte auf. Er moniert, dass Videos mit indizierten Musikstücken nach Sperrung trotzdem wieder neu hochgeladen werden könnten. Lothar Hay, Vorsitzender des Medienrats: „Die Betreiber von Internet-Plattformen müssen technische Lösungen entwickeln, die verhindern, dass bereits einmal gelöschte oder gesperrte Inhalte wieder auftauchen.“

Schader-Preis 2018 geht an Kommunikationsforscher Otfried Jarren

Darmstadt (epd). Der Schader-Preis 2018 geht an den Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren. Der 64-Jährige werde für seine Beiträge zur Medienpolitik und seine Verdienste als Wissenschaftsmanager ausgezeichnet, teilte die Schader-Stiftung am Montag in Darmstadt mit. Jarren lehrt und forscht als Professor am

Medien

Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Der mit 15.000 Euro dotierte Schader-Preis würdigt Gesellschaftswissenschaftler, die durch ihre Forschung und ihr öffentliches Wirken einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Er wird im Mai in Darmstadt überreicht.

„Otfried Jarren ist ein herausragender Wissenschaftler und erfolgreicher Vermittler innerhalb seines Faches, aber auch zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und der gesellschaftlichen Praxis“, begründete die Soziologin Jutta Allmendinger, Sprecherin des Senats der Schader-Stiftung, die Entscheidung für Jarren. Als Experte für Medienpolitik und Politische Kommunikationsforschung habe er in den vergangenen Jahren in zahlreichen Kommissionen mitgewirkt. „Seine Fähigkeit zur verlässlichen und verbindenden Verhandlungsführung ist herausragend“, sagte Allmendinger.

Der in Neumünster geborene Otfried Jarren ist seit 1997 Professor am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Er studierte Publizistik, Politikwissenschaft, Volkskunde und Soziologie an der Universität Münster. Anschließend war er an der Freien Universität (FU) Berlin und als Professor für Journalistik und Regierungslehre an der Universität Hamburg tätig. Seit 2013 ist er Präsident der Eidgenössischen Medienkommission. Zudem hat er seit verganginem Jahr eine Honorarprofessur für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der FU inne.

Der Schader-Preis wird jährlich von der Schader-Stiftung verliehen. Dem Senat der Stiftung, der die Jury bildet, gehören die Preisträger der vergangenen Jahre an: Nicole Deitelhoff (2017), Christine Leibfried (2016), Angelika Nußberger (2015), Stephan Leibfried (2014), Jutta Allmendinger (2013), Paul Kirchhof (2012) und Wolf Lepenies (2010). Die Schader-Stiftung wurde 1988 von dem Bauingenieur Alois M. Schader in Darmstadt gegründet. Ihr Anliegen ist es, den Praxisbezug der Gesellschaftswissenschaften zu stärken.

Studie: Chatten unterm Christbaum in jeder zweiten Familie normal

Leverkusen (epd). In jeder zweiten Familie in Deutschland wird einer Umfrage zufolge auch unter dem Weihnachtsbaum mit dem Smartphone gechattet. In jeder zehnten Familie schauten die Mitglieder dabei sogar häufiger auf das Display als in die Gesichter der Anwesenden, heißt es in der am Samstag in Leverkusen veröffentlichten Erhebung der Krankenkasse Pronova BKK. Am Esstisch gilt indes in mehr als jedem dritten deutschen Haushalt mit Kindern (37 Prozent) ein strenges Smartphone-Verbot.

Anstatt zum fröhlichen Familienfest zu werden, drohe Weihnachten 2017 „in Sprachlosigkeit zu versinken“, sagt Lutz Kaiser, Vorstand der Pronova BKK. Meist

bleibe es beim Chatten über Messenger nicht bei einer Nachricht, sondern es werde über Stunden hin- und hergeschrieben. So sei es nicht möglich, abzuschalten und sich wenigstens einmal im Jahr ganz auf die Liebsten zu konzentrieren.

Der Studie zufolge hat mehr als die Hälfte der Familien (52 Prozent) eine eigene Chatgruppe in Messengerdiensten wie Whatsapp oder sozialen Netzwerken wie Facebook eingerichtet (52 Prozent). Das könne sinnvoll und praktisch sein, um sich als Familie zu organisieren oder auch Kontakt zu Angehörigen zu halten, die an anderen Orten wohnen, erklärte die Krankenkasse. Eltern sollten ihren Kindern jedoch früh das richtige Maß bei der Nutzung digitaler Medien vermitteln.

Für die repräsentative Studie mit dem Titel „Die Süchte der Deutschen 2017“ wurden im Auftrag der Pronova BKK im August 1.000 Bundesbürgerinnen und -bürger ab 18 Jahren online befragt.

Kirchen machen Deutschland für Jemen-Katastrophe mitverantwortlich

Stopp von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien gefordert

Kirchenvertreter und Wissenschaftler üben scharfe Kritik an der Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Sie fordern einen Ausfuhrstopp in etliche Staaten, die die Menschenrechte nicht einhalten.

Berlin (epd). Die beiden großen Kirchen werfen der Bundesregierung vor, die humanitäre Katastrophe im Jemen durch Rüstungsexporte zu verschärfen. „Der Krieg im Jemen wird auch mit deutschen Waffen geführt“, sagte der evangelische Vorsitzende der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Martin Dutzmann, am Montag in Berlin. Dutzmann äußerte sich bei der Vorstellung des Rüstungsexportberichts der GKKE 2017. Auf scharfe Kritik stoßen vor allem die Waffenexporte an Saudi-Arabien. Die Kirchenvertreter fordern einen Stopp der Lieferungen.

Zwischen Januar 2014 und April 2017 hatten die Exporte nach Saudi-Arabien den Angaben nach einen Umfang in Höhe von rund einer Milliarde Euro. Zu den Lieferungen gehören unter anderem Patrouillenboote und Komponenten für Tornado- und Eurofighter-Kampfflugzeuge. Dutzmann sagte, saudische Patrouillenboote hätten Seehäfen blockiert und damit zivile Hilfslieferungen in den Jemen gestoppt. Zudem seien über Saudi-Arabien jemenitische Bodentruppen unterstützt worden.

Im Jemen bekämpfen sich seit 2015 Huthi-Rebellen und die sunnitisch geprägte Regierung, die von einer Koalition unter saudiarabischer Führung unterstützt wird. Der schiitische Iran steht den Rebellen bei. Tausende Menschen wurden bereits getötet. Hilfsorganisationen zufolge sind etwa 20 Millionen Menschen in dem

Medien

Entwicklung

südarabischen Land und damit 75 Prozent der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen.

Die Kirchenvertreter fordern den Stopp der Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien sowie ein Ende der Exporte nach Ägypten, Katar, in die Vereinigten Arabischen Emirate oder Algerien. Aufgrund der Verwicklungen der Türkei in Konflikte in der Region, erachten die Kirchenvertreter auch Exporte in den Nato-Staat für bedenklich. Laut GKKE-Bericht gingen mehr als die Hälfte aller Einzelausfuhrgenehmigungen von Rüstungsgütern an Drittstaaten außerhalb der Nato und der EU. Insgesamt erreichten die Ausfuhren 2015 mit 7,9 Milliarden Euro und 2016 mit rund 6,8 Milliarden Euro die höchsten Werte in den vergangenen zwanzig Jahren.

Die GKKE sieht nun die kommende Bundesregierung in der Pflicht. Sie hätte die Chance eine eindeutige und konsistente gesetzliche Grundlage auf den Weg zu bringen, die eine tatsächlich restriktive Genehmigungspraxis ermögliche, sagte der katholische GKKE-Vorsitzende, Karl Jüsten. Die kommende Bundesregierung müsse ein Regelwerk finden, das sich an ethischen Kriterien orientiere und nicht nur an der Auftrags- und Bedarfslage der Rüstungsindustrie.

Der Vorsitzende der Fachgruppe Rüstungsexporte der GKKE, Max Mutschler, verwies zudem auf die Kooperation von 25 EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“. Für den Wissenschaftler vom Bonn International Center for Conversion (BICC) besteht die Gefahr, „dass eine Europäisierung der Rüstungsindustrie nationale Rüstungsexportkontrollen erschwert, da es Rüstungsfirmen ermöglicht wird, diese zu unterlaufen.“ Die Exportkontrolle müsse auf europäischer Ebene gestärkt werden. Sonst könnte die Endfertigung von Waffensystemen dorthin verlagert werden, wo die niedrigsten nationalen Standards gelten.

Das evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“ unterstützte die Kritik an der derzeitigen Rüstungsexportstrategie der Bundesregierung. „Ein restriktives und einheitliches Rüstungsexportkontrollgesetz ist überfällig“, sagte die Präsidentin des Hilfswerks, Cornelia Füllkrug-Weitzel. Auch sie sieht die nächste Bundesregierung in der Pflicht, die notwendigen Schritte zu übernehmen. Vor allem an die Ausfuhr von Kleinwaffen und Munition müssten restriktivere Kriterien angelegt werden.

Ähnlich äußerte sich die Verteidigungsexpertin der Grünen-Bundestagsfraktion, Agnieszka Brugger. Sie sprach von einem Weckruf für die Sondierungen. „Die gefährliche Vernachlässigung von Rüstungsexportkontrolle und Abrüstung durch Union und SPD darf sich in ihren kommenden Verhandlungen nicht fortsetzen“, erklärte Brugger.

Entwicklung

„IS“ bekennt sich zu Terrorattentat auf Kirche in Pakistan

Weltkirchenrat verurteilt Anschlag

Islamabad/Genf (epd). Der „Islamische Staat“ (IS) hat sich zum Anschlag auf eine Kirche am Sonntag in Pakistan bekannt. Die Zahl der Todesopfer bei der Attentat auf einen vorweihnachtlichen Gottesdienst in der westpakistanischen Stadt Quetta sei inzwischen auf mindestens neun gestiegen, berichteten lokale Medien am Montag. Mehr als 50 Menschen wurden verletzt. Als Reaktion verstärkten die Behörden derweil die Sicherheitsvorkehrungen für Kirchen und Tempel. Der Weltkirchenrat verurteilte den Angriff.

Zwei jugendliche Selbstmordattentäter mit Sprengstoffwesten und Gewehren hatten versucht, die methodistische Bethel Memorial Church zu stürmen, wo etwa 400 Gläubige versammelt waren. Doch einer der Attentäter wurde von einem Wächter am Tor des Kirchengeländes erschossen. Der zweite Attentäter sprengte sich vor dem Eingang zur Kirche in die Luft. Andernfalls wäre die Opferzahl vermutlich deutlich höher gewesen. Die Angreifer sollen zwischen 16 und 20 Jahre alt gewesen sein. Der „Islamische Staat“, der sich in Pakistan „Daesh“ nennt, bekannte sich später in einem Statement zu dem Anschlag.

Die Täter zeigten eine tragische Missachtung des menschlichen Lebens, erklärte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK), Olav Fykse Tveit, in Genf. Das verheerende Verbrechen vom Sonntag dürfe nicht den Glauben, die Einheit und das Streben der Christen nach Frieden und Gerechtigkeit schwächen, betonte der norwegische Lutheraner Tveit.

Kirchen und Gemeinden sind bereits in der Vergangenheit von islamischen Terrorgruppen angegriffen worden. Im März 2015 starben bei einem Doppelschlag auf zwei Kirchen in der Stadt Lahore 15 Menschen. Christen sind in der islamischen Republik Pakistan in der Minderheit und stellen gut ein Prozent der Bevölkerung. Quetta liegt nahe der Grenze zu Afghanistan und ist die größte Stadt in der Unruheprovinz Belutschistan, in der seit Jahren ein blutiger Aufstand gegen die Zentralregierung in Islamabad herrscht. Im ÖRK mit Sitz in Genf sind 350 Kirchen mit mehr als 500 Millionen Gläubigen zusammengeschlossen.

Menschenrechtler: Weitere Rohingya-Dörfer in Myanmar zerstört

New York/Frankfurt a.M. (epd). In Myanmar hat die Armee in den vergangenen Wochen weitere Dörfer der muslimischen Rohingya-Minderheit zerstört. Satelliten-aufnahmen des westlichen Bundesstaates Rakhine zeigten, dass zwischen Oktober und Anfang Dezember in mindestens 40 Ortschaften Häuser und Infrastruktur dem Erdboden gleichgemacht worden seien, erklärte „Human Rights Watch“ am Montag.

Entwicklung

Damit sei bewiesen, dass die Minderheit auch nach der Einigung auf eine Rückkehr der Rohingya-Flüchtlinge von Bangladesch nach Myanmar Ende November weiter verfolgt werde. Myanmars Regierung äußerte sich zunächst nicht dazu.

Seit Beginn des brutalen Feldzugs von Myanmars Militär gegen die Rohingya Ende August sei damit die Zahl der angegriffenen Dörfer auf 354 gestiegen. Mindestens 118 davon wurden laut „Human Rights Watch“ entweder ganz oder teilweise nach dem 5. September zerstört worden. Dies widerspricht Aussagen von Myanmars de-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi, wonach es nach dem betreffenden Tag keine Militäroperationen mehr im Rakhine-Staat gab. Der Asien-Chef der Menschenrechtsorganisation, Brad Adams, betonte, das Rückkehr-Abkommen sei reine PR, die Sicherheit der muslimischen Volksgruppe sei keinesfalls garantiert.

Seit August sind laut „Human Rights Watch“ mehr als 655.000 Rohingya vor Verfolgung über die Grenzen nach Bangladesch geflohen. Die UN und Menschenrechtler bezeichnen die Gewalt gegen die Minderheit mit systematischen Verbrechen wie Mord, Massenvergewaltigungen und Folter als „ethnische Säuberung“ und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Manche sprechen inzwischen auch von Völkermord.

Chiles Ex-Präsident Piñera kehrt an die Staatsspitze zurück

Deutlicher Sieg in Stichwahl

In seiner ersten Amtszeit ging der konservative Multimillionär hart gegen protestierende Studenten und Ureinwohner vor. In den kommenden vier Jahren braucht Sebastián Piñera mehr Kompromissbereitschaft: Im Parlament wurde die Linke gestärkt.

Santiago de Chile/Quito (epd). Comeback für Sebastián Piñera: Der konservative Ex-Staatschef hat sich in der Stichwahl um das Präsidentenamt in Chile klar gegen den Kandidat der Mitte-Links-Regierung, Alejandro Guillier durchgesetzt. Er erreichte rund 54,6 Prozent der Stimmen. Guillier kam nach Angaben der Wahlbehörde von Sonntag (Ortszeit) auf rund 45,4 Prozent. Damit kehrt Piñera, der Chile bereits von 2010 bis 2014 regierte, an die Staatsspitze zurück. Guillier erkannte seine Niederlage an und gratulierte Piñera persönlich. Am 11. März wird der 68-jährige Multimillionär Präsidentin Michelle Bachelet, die nicht wieder antreten durfte, zum zweiten Mal ablösen. Mit Bachelets Abgang werden alle Länder Südamerikas künftig wieder von Männern regiert.

Piñera erreichte nach einem Bericht der Zeitung „La Tercera“ mit rund 3,8 Millionen Stimmen den höchsten Stimmenanteil eines Konservativen in einer Präsidentenwahl seit der Rückkehr zur Demokratie 1990. In der ersten Wahlrunde im November hatte der Kandidat des rechten Bündnisses „Chile Vamos“ mit knapp 37 Prozent unter seinen Erwartungen gelegen. Die Wahlbeteiligung am Sonntag lag bei 49 Prozent und war damit im Vergleich zum ersten Wahlgang leicht gestiegen.

Entwicklung

Entwicklung

Piñera wird Chile wieder nach rechts rücken. Sein Sieg bestätigt den konservativen Umschwung in zahlreichen Ländern der Region. Allerdings gilt der Ökonom als gemäßigter Konservativer und präsentierte sich als Kandidat der Mittelschicht. In seiner Siegesrede rief er zur Einheit auf. „Chile braucht Vereinbarungen statt Konfrontation, Dialog und Zusammenarbeit.“

Im Mittelpunkt seines Programms steht das Wirtschaftswachstum, das der Unternehmer wieder ankurbeln will. Während seiner ersten Amtszeit lag es bei durchschnittlich fünf Prozent, war zuletzt aber auf rund 1,8 Prozent gesunken. „Wir werden Chile in ein entwickeltes Land umwandeln“, sagte Piñera vor seinen Anhängern. Zudem hat er versprochen, 600.000 Arbeitsplätze zu schaffen, öffentliche Ausgaben zu kürzen und die Kriminalität zu bekämpfen.

Die Sozialreformen von Präsidentin Bachelet will er teilweise auf den Prüfstand stellen. Bei der jüngst eingeführten kostenlosen Hochschulbildung lenkte er im Wahlkampfendspurt aber ein und kündigte an, diese im Bereich der technischen Studiengänge auszubauen. In seiner ersten Amtszeit war Piñera hart gegen Studentenproteste für ein kostenloses Bildungssystem und die Ureinwohner-Bewegung vorgegangen.

In seiner zweiten Amtszeit wird der gewählte Präsident Dialog- und Kompromissbereitschaft benötigen. Denn im neu gewählten Zwei-Kammer-Parlament besitzt das rechte Parteienbündnis „Chile Vamos“ keine eigene Mehrheit. Mit dem Einzug des linken Bündnisses „Frente Amplio“ ist das Abgeordnetenhaus zudem weiter nach links gerückt.

In Chile besteht erheblicher Reformbedarf bei Rente, Gesundheit und Bildung. Viele Rentner sind von Altersarmut bedroht. Das Sozialversicherungssystem stammt aus der Zeit der Militärdiktatur (1973-1990) und ist privatisiert. Die Mitte-Links-Regierung von Präsidentin Bachelet brachte zahlreiche Strukturreformen auf den Weg, setzte sie nach Einschätzung von Experten aber teilweise mangelhaft um.

Zurück an die Macht

**Der ehrgeizige Multimillionär Piñera regiert Chile zum zweiten Mal
Von Regine Reibling (epd)**

Santiago de Chile/Quito (epd). Er ist ein Mann des Wettbewerbs mit dem permanenten Ehrgeiz zu gewinnen, heißt es in einer Biografie über Sebastián Piñera. Bei der Stichwahl um das Präsidentenamt am Sonntag hat der konservative Ex-Präsident und Multimillionär mit rund 54,6 Prozent der Stimmen einen erneuten Sieg errungen und ist zurück an der Macht. Er wird Präsidentin Michelle Bachelet im März zum zweiten Mal ablösen.

Entwicklung

Der 68-Jährige, der Chile bereits von 2010 bis 2014 regierte, sprach am Sonntagabend von einem Triumph, den er demütig entgegennehme. Er wird das südamerikanische Land voraussichtlich weiter nach rechts rücken. Im Wahlkampf hatte der vierfache Familienvater angekündigt, einige Sozialreformen von Bachelet zu modifizieren und versprach, das abgeflaute Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. Während seiner Amtszeit lag es bei durchschnittlich fünf Prozent.

Piñera ist erfolgreicher Unternehmer und gehört zu den reichsten Chilenen. Sein Vermögen, das er mit Immobilien-, Finanz- und Börsengeschäften gemacht hat, wird nach Angaben vom Wirtschaftsmagazin „Forbes“ auf rund 2,7 Milliarden Dollar geschätzt.

Der künftige Präsident wurde am 1. Dezember 1949 in der Hauptstadt Santiago geboren, studierte in Chile Betriebswirtschaftslehre und promovierte an der Universität Harvard in Wirtschaftswissenschaften. In die Politik ging er erst nach Ende der Diktatur (1973-1990) und saß von 1990 bis 1998 im Senat. Wegen des Vorwurfs zu großer Nähe verweist Piñera gerne auf sein Engagement gegen eine Amtsverlängerung für Diktator Augusto Pinochet. 1988 sprach sich die Mehrheit der Chilenen in einer Volksabstimmung gegen eine weitere Amtszeit Pinochets aus.

Piñera stammt aus einer Familie von Christdemokraten, machte aber in der rechtskonservativen Partei „Nationale Erneuerung“ (RN) Karriere. Bei seinem ersten Versuch, Präsident zu werden, scheiterte er im Jahr 2005 an Präsidentin Bachelet. 2010 konnte er sie beerben und wurde als erster demokratisch gewählter Konservativer seit 1958 vereidigt.

Von seiner ersten Amtszeit bleibt vor allem die medienwirksame Rettung der 33 verschütteten Bergarbeiter in Erinnerung, die mehr als zwei Monate unter Tage ausharrten. Gegen Studentenproteste im Jahr 2011 ging Piñera mit harter Hand vor, ebenso wie gegen die aufflammende Gewalt im Konflikt mit den Mapuche-Indianern. In diesem Wahlkampf präsentierte er sich hingegen als gemäßigter Konservativer, der intensiv um die Mittelschicht warb.

„Die beste Lehre ein Land zu führen, ist es, Präsident gewesen zu sein“, hatte Piñera mehrfach betont. Neben dem dominanten Charakter, der ihm nachgesagt wird, wird er während seiner zweiten Amtszeit auch eine gute Portion Kompromissbereitschaft benötigen. Denn im neu gewählten Parlament besitzt das konservative Bündnis „Chile Vamos“ keine Mehrheit.

Präsidentenschaftswahl in Honduras: Hernández zum Sieger erklärt

São Paulo (epd). Drei Wochen nach der umstrittenen Präsidentenschaftswahl in Honduras hat das Wahlgericht in Honduras den konservativen Amtsinhaber Juan

Entwicklung

Orlando Hernández zum Sieger erklärt. Der Präsident des Wahlgerichts, David Matamoros, gab die Entscheidung auf einer Pressekonferenz am Sonntag (Ortszeit) bekannt, wie die Tageszeitung „La Prensa“ berichtet. Oppositionskandidat Salvador Nasralla hatte bereits angekündigt, das Ergebnis der Wahl vom 26. November nicht anzuerkennen. Das Oppositionsbündnis „Allianz gegen die Diktatur“ wirft der Wahlbehörde Betrug vor und rief seine Anhänger zu weiteren Protesten auf. Bei gewalttätigen Ausschreitungen kamen in den vergangenen Wochen bereits mindestens 17 Menschen ums Leben.

Nach Angaben des Wahlgerichts gewann Hernández knapp mit 42,95 Prozent der Stimmen, Nasralla kam demnach auf 41,42 Prozent. Der Oppositionskandidat hatte nach Auszählung etwa der Hälfte der Stimmzettel zunächst mit fünf Prozentpunkten vorn gelegen. „Ich war der Sieger - es ist unmöglich, das herumzudrehen“, sagte Nasralla. Die Wahlbehörde hatte alle Beschwerden der Opposition zurückgewiesen.

Eigentlich verbietet die Verfassung von Honduras eine Wiederwahl des Präsidenten. Erst eine umstrittene Entscheidung des Obersten Gerichtshofes machte eine erneute Kandidatur von Hernández möglich.

Nasralla war am Sonntag in die USA gereist, um sich mit Vertretern der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), des US-Außenministeriums und mit Menschenrechtsgruppen zu treffen. Er wolle dort „zahlreiche Hinweise“ für Wahlbetrug liefern, kündigte er an. Die Opposition verlangt eine komplette Neuauszählung der Stimmen unter Aufsicht eines internationalen Wahlgerichts.

Nach den gewaltsamen Unruhen hatte die Regierung den Ausnahmezustand ausgerufen. Bereits 2013 war es nach den Präsidentschaftswahlen zu schweren Protesten gekommen. Die Oppositionskandidatin Xiomara Castro, die für Nasralla jetzt als Vizepräsidentin kandidierte, hatte Klage bei der Wahlbehörde wegen angeblich gefälschter Wahlunterlagen eingereicht.

Proteste in Peru gegen Absetzungsverfahren von Präsident Kuczynski

Odebrecht-Skandal setzt ranghohe Politiker in ganz Lateinamerika unter Druck

Quito/Lima (epd). Perus Präsident Pedro Pablo Kuczynski muss sich wegen Verwicklungen im Korruptionsskandal um den brasilianischen Baukonzern Odebrecht einem Amtsenthebungsverfahren stellen. Nachdem das Parlament ein entsprechendes Verfahren eingeleitet hatte, haben am Samstag (Ortszeit) mehrere tausend Menschen in der Hauptstadt Lima gegen die Entscheidung protestiert.

Soziale Organisationen hatten zur Verteidigung der Demokratie aufgerufen, wie die Zeitung „La República“ berichtete. Die Demonstranten warfen der Opposition vor, ihre Stimmenmehrheit im Kongress für einen Staatsstreich zu missbrauchen.

Entwicklung

Mit 93 Ja- und 17-Nein-Stimmen hatte das Parlament am Freitag einem Antrag der Opposition zugestimmt, der Kuczynski moralische Verfehlungen im Amt vorwirft. Der 79-Jährige soll über Beteiligungen von Beraterfirmen insgesamt rund 4,8 Millionen Dollar von Odebrecht erhalten haben.

Kuczynski bestreitet die Vorwürfe und hatte Rücktrittsforderungen bereits am Donnerstag in einer Ansprache an die Nation zurückgewiesen. Eine Stellungnahme von Odebrecht, die von der Zeitung „La República“ veröffentlicht wurde, bestätigt, dass die Beraterverträge mit einem Geschäftspartner Kuczynskis geschlossen wurden.

Die Parlamentsdiskussion über die Absetzung ist am kommenden Donnerstag angesetzt. Kuczynski muss dort anwesend sein und kann sich mit einem Anwalt verteidigen. Für seine Absetzung sind 87 der insgesamt 130 Stimmen des Ein-Kammer-Parlaments nötig. Allein die Oppositionspartei „Fuerza Popular“ der früheren Präsidentschaftskandidatin Keiko Fujimori verfügt mit mehr als 70 Abgeordneten über die absolute Mehrheit.

Auch die Staatsanwaltschaft hatte Kuczynski für nächste Woche vorgeladen, offizielle Ermittlungen gibt es aber bisher nicht. Ein Bericht von Odebrecht an die Untersuchungskommission Lava Jato in Peru hatte am Mittwoch den Druck auf den Präsidenten erhöht. Seine Beraterfirma Westfield Capital soll demnach zwischen 2004 und 2006 mehrere Hunderttausend Dollar von Odebrecht erhalten haben. In dieser Zeit war Kuczynski Minister in der Regierung von Alejandro Toledo.

Der Odebrecht-Skandal setzt ranghohe Politiker in ganz Lateinamerika unter Druck. Allein in Peru wird gegen mehrere Ex-Präsidenten und auch gegen die Oppositionsführerin Keiko Fujimori ermittelt. Ex-Präsident Ollanta Humala (2011-2016) sitzt seit Juli in Untersuchungshaft, gegen Alejandro Toledo (2001-2006) liegt ein internationaler Haftbefehl vor.

Vor einem US-Gericht hatte der Konzern Ende 2016 gestanden, in zwölf lateinamerikanischen Staaten hunderte Millionen Dollar Schmiergeld an Regierungspolitiker gezahlt zu haben.

Venezuela: Annäherung zwischen Regierung und Opposition

Rio de Janeiro (epd). Der Dialog zwischen Regierung und Opposition in Venezuela kommt voran. Nach der jüngsten Verhandlungsrunde, die am Freitagabend (Ortszeit) in der Dominikanischen Republik beendet wurde, zeigten sich die internationalen Vermittler der Gespräche optimistisch. Es seien „bedeutende Fortschritte“ erzielt worden, erklärte der dominikanische Präsident Danilo Medina. Der mexikanische Außenminister Luis Videgaray Caso bezeichnete die Ergebnisse als relevant, es sei aber noch ein weiter Weg zu gehen.

Entwicklung

Beide Seiten einigten sich darauf, die Gespräche am 11. Januar fortzusetzen, wie die Zeitung „El Universal“ in Ihrer Onlineausgabe berichtete. Zudem legten sie fest, dass sich keine der beiden Seiten öffentlich zum Gesprächsverlauf äußern werde. Bekannt ist nur, dass sechs Punkte auf der Tagesordnung standen. Aufgrund der aufgeheizten Stimmung in Venezuela sind sowohl der Dialog wie eventuelle Ergebnisse heftig umstritten.

In den bisherigen Verhandlungsrunden wurde unter anderem über Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise, eine Garantie der politischen Rechte der Bürger und politische Reformen gesprochen. Zudem ging es um die Ausführung der Präsidentschaftswahlen, die für Ende 2018 vorgesehen sind. Mehrere lateinamerikanische Staaten begleiten den Dialog, darunter Mexiko, Chile, Paraguay und Bolivien.

Venezuela steckt in einer schweren politischen und wirtschaftlichen Krise. Im Parlament hat die Opposition seit Anfang Dezember 2016 eine deutliche Mehrheit, wurde aber durch die Einsetzung einer größtenteils regierungstreuen Verfassungsgebenden Versammlung entmachtet. Die Opposition wirft Maduro vor, Venezuela in eine Diktatur zu führen.

Maduro hingegen hält einigen rechten Oppositionsführern vor, Chaos im Land zu stiften und mit Hilfe der USA einen Staatsstreich vorzubereiten. Bei Protestaktionen zwischen April und Juli wurden rund 130 Menschen getötet. Aufgrund einer akuten Versorgungskrise sind viele Lebensmittel und andere Produkte des täglichen Bedarfs nur noch auf dem Schwarzmarkt erhältlich.

Südafrika: Wahl zum neuen ANC-Parteivorsitzenden

Den Haag (epd). In Südafrika bereitet sich der Afrikanische Nationalkongress (ANC) auf einen Wechsel an der Parteispitze vor. Auf einem Parteikongress, der am Samstag in Johannesburg begann, wird ein Nachfolger für den bisherigen ANC-Vorsitzenden und Staatschef Jacob Zuma gewählt. Der 75-Jährige tritt nach zehn Jahren im Amt nicht mehr an. Sein Nachfolger könnte bei den Wahlen 2019 auch neuer Präsident von Südafrika werden.

Die stärksten Bewerber um das Amt des Parteivorsitzenden sind der derzeitige Vizepräsident Cyril Ramaphosa und die frühere Ministerin und Vorsitzende der Afrikanischen Union (AU), Nkosazana Dlamini-Zuma, Präsident Zumas Ex-Frau. Insgesamt bewerben sich sieben Kandidaten. Die für Sonntag geplante Wahl war zunächst unsicher, weil ein Streit um das Abstimmungsverfahren unter den Delegierten für stundenlange Verzögerungen gesorgt hatte.

Der ANC regiert seit dem Ende des Apartheid-Regimes 1994, kämpft jedoch mit schwindender Zustimmung unter den Wählern. Präsident Zuma steht wegen Korruption und Vetternwirtschaft in der Kritik. In seiner Abschiedsrede als ANC-

Vorsitzender sagte Zuma am Samstag, die großen Verluste bei den Lokalwahlen im vergangenen Jahr zeigten, dass die Bevölkerung unzufrieden sei mit dem Zustand des ANC. Er räumte ein, Korruption gebe es nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Regierung.

Simbabwe Armee kündigt nach Machtwechsel Rückkehr in Kasernen an

Harare/Frankfurt a.M. (epd). Nach der Machtübernahme im November hat sich das Militär in Simbabwe wieder in die Kasernen zurückgezogen. Die Mission sei erfolgreich verlaufen und könne nun beendet werden, sagte General Philip Valerio Sibanda am Montag laut dem staatlichen Rundfunksender ZBC. Die Macht werde nun wieder an die Polizei übergeben. Die Armee hatte den damaligen Präsidenten Robert Mugabe unter Hausarrest gestellt und zum Rücktritt gedrängt. Der 83-jährige Mugabe regierte Simbabwe 37 Jahre und stand wegen der verheerenden Wirtschaftskrise und zahlreichen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik.

Zum Nachfolger Mugabes wurde Ende November der frühere Vizepräsident, Emmerson Mnangagwa bestimmt, den Mugabe zuvor im Machtkampf um seine Nachfolge entlassen hatte. Die Regierungspartei Zanu-PF nominierte Mnangagwa am Freitag als Spitzenkandidaten für die Präsidentenwahl im kommenden Jahr.

BBC: Mehr als 60 Tote bei Gewalt in Äthiopien

Genf/Addis Abeba (epd). Bei Unruhen in der äthiopischen Region Oromia sind seit Donnerstag mehr als 60 Menschen getötet worden. Das berichtete der britische Sender BBC am Montag unter Berufung auf lokale Behörden. Ein möglicher Hintergrund der neuen Gewaltwelle ist das Vorgehen der Armee gegen Demonstranten. Soldaten hatten am vergangenen Dienstag das Feuer auf eine protestierende Menge eröffnet, 16 Menschen starben. An den jüngsten Unruhen war die Armee offenbar jedoch nicht beteiligt. Ethnische Somalis hatten ein Dorf angegriffen und die dort lebenden Oromos getötet, es folgte ein Vergeltungsschlag.

Begünstigt wird die Gewalt durch die unsichere Lage in Oromia. Die Proteste begannen 2015 rund um die Hauptstadt Addis Abeba, wo die Oromo als größte Volksgruppe leben. Auslöser war ein Gesetz, das der Hauptstadt die Kontrolle über weite Teile Oromias gegeben hätte. Die Proteste weiteten sich schnell auf mehrere Regionen aus. Der Unmut richtete sich auch gegen die autoritäre Regierungspolitik, die Missachtung der Menschenrechte und die Unterdrückung kritischer Stimmen in dem Vielvölkerstaat mit 100 Millionen Menschen. Mitglieder der Oromo- und Amhara-Volksgruppen sehen sich im faktischen Einparteiensstaat Äthiopien benachteiligt.

Impressum

Herausgeber / Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3
60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann.
Amtsgericht Frankfurt am Main,
HRB 49081
USt-ID-Nr. DE 114 235 916
GEP-Verlagsleiter: Bert Wegener.
**Chefredakteur der
epd-Zentralredaktion:**
Karsten Frerichs.

epd-Landesdienste: Nord
(Hamburg), Ost (Berlin),
Niedersachsen-Bremen (Hannover),
West (Düsseldorf), Mitte-West
(Speyer), Südwest (Stuttgart/
Karlsruhe), Bayern (München).

epd-Zentralredaktion
Nachrichtenchef: Karsten Frerichs
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);
Chef vom Dienst: Uwe Gepp
Agenturdesk Text: Stefan Fuhr,
Jürgen Prause, Renate
Kortheuer-Schüring, Elisa
Makowski; **Agenturdesk Bild:**
Norbert Neetz, Hanno Gutmann;
Fachredakteure Kirche u. Politik:
Stephan Cezanne, Angela Götsche,
Julia Lauer; **Fachredakteurinnen
Entwicklung u. Politik:** Elvira
Treffinger, Natalia Matter, Dr. Silvia
Vogt; **Fachredakteure
Sozialpolitik:** Markus Jantzer, Dirk
Baas; **Fachredakteure Medien u.
Kultur:** Diemut Roether, Michael
Ridder, Ellen Nebel, Renate
Kortheuer-Schüring; **Bundesbüro
Berlin:** Corinna Buschow, Bettina
Markmeyer.

Verlag/Bestellservice:
Tel: 069-58098-0
Fax: 069-58098-226
E-Mail: kundenservice@epd.de
Redaktion:
Tel: 069-58098-333
Fax: 069-58098-122
E-Mail: nachrichten@epd.de.

Erscheinungsweise:
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)
Bezugspreis für die
epd-Zentralausgabe per E-Mail:
monatlich 57,50 €
Die epd-Zentralausgabe darf nur mit
Zustimmung des Verlags
weiterverwertet, gedruckt, gesendet
oder elektronisch kopiert und
weiterverbreitet werden. Jede
Haftung für technische Mängel oder
Mängelfolgeschäden ist
ausgeschlossen.